

Red. Drap.
Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.
Postfachamt: 57544.
Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Reklamemarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1924.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 19. Juni 1924.

Nr. 143.

Einigung?

Während gestern noch der Himmel der Koalition schwarz und düster war, lacht heute schon von ihm die Sonne hernieder. Man merkt es an der Laune der Koalition, daß sie die größte Gefahr, wenigstens momentan, für beseitigt halten. Während sie gestern noch finstere Mienen trugen, sind sie heute schon zu frohen Späßen aufgeleitet. Sie selber hatten den Dienstag als „kritischen Tag“ bezeichnet, an dem sich die Frage: Sein oder Nichtsein der Koalition, entscheiden werde. Heute nun, wo es gelungen scheint, die strittigen Fragen vorläufig auf ein Nebengeleise zu schieben, stellen sie sich erkaut und fragen mit der Naivität eines Puffschies: Was ist das, ein kritischer Tag? Was ist das, eine Krise, überhaupt? Und sie sind sogar schon zum Spötteln aufgeleitet: Wo ist denn der „kritische Tag“ geblieben? Es gab doch kein Donnerwetter, auch kein Erdbeben und nicht einmal der Weltuntergang stellte sich ein! Es ist das „Bravo Libu“, das sich zu so frohgemuten Mädchen gelautet fühlt. Danach wird man den andern glauben können, die davon erzählen, es beklunden „Hoffnungen auf die Beseitigung der Koalitionskrise“ und die Verhandlungen über ein Kompromiß in der Zollfrage befanden sich „auf dem besten Wege“.

Was im Schoße des Fünfer- und Zehnerausschusses ausgebrütet wird, darüber herrscht offiziell Schweigen. Man kann nicht sagen, daß die Presseorgane der Koalition es an Redseligkeit fehlen lassen. Die einen vergnügen sich daran, obwohl ihnen selber noch der Schrecken in allen Gliedern steckt, derer zu spotten, die schon den Zusammenbruch der Koalition gekommen haben, die andern bemühen sich, die Idee, die Deutschen im Staate könnten jemals an Stelle der heutigen politischen Bindungen zur Mitarbeit in der Regierung herangezogen werden, als hinverbrannten Unkraut hinzustellen, aber was die Herren miteinander pakteln, was die Kosten dieser Paktelle sind und wer sie tragen wird, darüber verlautet kein Wort. Man erfährt nur, daß ein „Kompromiß“ vorbereitet wird. Der Streit geht zwischen Agrariern und tschechischen Sozialdemokraten um die Getreidezölle. Beide Parteien erklärten Wochen hindurch, ein Nachgeben sei ausgeschlossen. Und nun doch ein „Kompromiß“? Ein Kompromiß bedeutet doch ein beiderseitiges Entgegenkommen, das heißt, konkret gesprochen, daß die Agrarier doch bis zu einem gewissen Grade ihre Forderung durchsetzen werden. Die Geheimniskrämerie, die in den Konventionen der „Pakta“ waltet, läßt es erklärlich erscheinen, daß wilde Gerüchte auftauchen, die Einigung und die Rettung der Koalition werde auf Kosten der konsumierenden Bevölkerung erfolgen. Das „Kompromiß“ bestehe nur in der Ausfindigmachung eines Weges, um mit Umgehung des Parlamentes doch die Getreidezölle in Wirksamkeit treten zu lassen. Das Ministerium für Landwirtschaft werde den Auftrag erhalten, die Getreidezölle „auf Grund des zukünftigen Gesetzes“ im Verordnungswege einzuführen. Wir gestehen, daß wir an ein solches „Kompromiß“, das ein bedingungsloses Streichen der Segel vor dem Diktat der Agrarier wäre, nicht glauben können, insofern als die Tatsachen keine Erläuterung nicht beweisen. Die verantwortlichen Vertonen in der tschechischen Sozialdemokratie kennen heute die Stimmung ihrer eigenen Parteianhänger nur zu gut, um nicht zu wissen, daß jedes weitere Opfer der Interessen der Arbeiterschaft, nur dem Zwecke gebracht, die Koalition am Leben zu erhalten, die Unzufriedenheit in gefährlicher Weise steigern würde. Auf ihrem am 11. Juni abgehaltenen Reichstagskongreß haben sie der unerlöschlichen Fier der bürgerlichen Parteien ein scharfes: Bis hierher und nicht weiter, zugerufen. Was am 11. Juni ein von den ersten Vertrauensmännern der Partei befehltes Gebot der Pflicht war, kann nicht acht Tage später geltungslos geworden sein. Es muß also ab-

Der fascistische Mord an Matteotti.

Dumini und Filippelli gestehen?

Rom, 18. Juni. Der „Sereno“ gibt das Gerücht wieder, wonach Dumini, dem die blutigen Kleidungsstücke, die man in seinem Koffer vorfand, gezeigt wurden, bereit sei, ein Geständnis in der Affäre Matteotti abzulegen. Einzelheiten über das schreckliche Verbrechen zu geben und seine Komplizen zu verraten. Der Advokat Filippelli hat seinerseits ebenfalls bereits ein Geständnis abgelegt. Nach dem gleichen Morte erklärte der Direktor des „Corriere d'Italia“ folgendes: Am Dienstagabend besand ich mich in der Redaktion als Dumini eintrat und mir sagte, Matteotti sei getötet worden. Ich war darauf bestürzt, daß ich in Ohnmacht fiel. Mein einziger Fehler bestand darin, daß ich diesen Räubern mein Automobil zur Verfügung gestellt habe.

Wie die „Tribuna“ mitteilt, wurden im Koffer Duminis unter anderem auch Sicherheitschlösser und Ketten gefunden. Diese Entdeckung legt die Vermutung nahe, daß die Absicht der Entführer dahin ging, den sozialistischen Deputierten für einige Zeit in Gefangenschaft zu setzen und vielleicht nicht, ihn zu töten.

Verhaftung eines fascistischen Redakteurs.

Rom, 18. Juni. In Genua wurde der Redakteur des „Corriere Italiano“, Da La Sfi, verhaftet, der Filippelli auf seinem Fluchtversuche begleitet hatte.

„Auf dem richtigen Wege vorgegangen“.

Rom, 18. Juni. Das Ich. Nov. Büro gibt folgende Stimmungsmache aus Italien weiter: Das auf den Abg. Matteotti verübte Verbrechen rief in der Öffentlichkeit und in der fascistischen Partei allgemeine Erregung hervor. Jetzt wird die Situation bereits viel ruhiger (?) betrachtet. Auch sämtliche Päpste anerkennen, daß auf dem richtigen Wege vorgegangen (?) wird. Sämtliche Täter wurden verhaftet und mit jedem Augenblicke sollen auch einige Mitschuldige verhaftet werden. Mussolini wünscht, daß die Gerechtigkeit unerbittlich gegen alle Schuldigen einschreitet. Die Ernennung des Innenministers, die Verhaftung eines neuen Generaldirektors der Polizei und die Verhaftung von 4 kompromittierten Personen in einer Nacht, von denen man befürchtete, daß sie über die Grenze fliehen, dies alles wird

gewartet werden, welcher Art das Kompromiß sein wird, ehe man sich ein Urteil bilden kann. Es wird nun alle Tage versichert, daß die Zollfrage keine politische, sondern nur eine wirtschaftliche Frage sein dürfte. Das hat natürlich nur den Zweck, zu verhindern, daß der Zollstreit den Bestand der Koalition gefährde, aber die Frage, wie sich Bürgertum und Agrarier durch Zölle auf Kosten der Allgemeinheit erhöhte Profite zuzuschlagen wollen, ist und bleibt nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Angelegenheit. Die Agrarier waren denn auch die ersten, die sie zu einer politischen Frage machten, indem sie von der Erfüllung ihrer Forderung nach Einführung von Getreidezöllen nicht nur ihre Zustimmung zu den Handelsverträgen und zur Sozialversicherung, sondern auch ihr Verbleiben in der Koalition abhängig machten. So kann und darf ein solches Problem, wie es die Zollfrage ist, nicht gelöst werden. Vom Standpunkt der großen Mehrheit der Bevölkerung wie des Staates muß beachtet werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Heberverförmung des Staates eine Rücksichtnahme auf die Förderung der Industrie erfordern, damit diese exportfähig bleibe. Eine Verteuerung der Lebensmittel — um alle diese handelt es sich bei den Getreidezöllen und nicht nur um Brot und Mehl! — würde zur Vertreibung der Indu-

als Genehmigung der öffentlichen Meinung angesehen. Daraus kann man sich die vollständige Ruhe (!) im Lande und das vollständige Fiasco einzelner Versuche von Demonstrationen und Proteststreiks in einigen Städten erklären. Die großen sozialistischen und christlichen Organisationen sowie die anderer Parteien forderten ihre Mitglieder auf, ruhig zu bleiben und keine Kundgebungen zu veranstalten. Es kam bloß zu einzelnen bedeutungslosen Zusammenstößen zwischen fascistischen und antifascistischen Studenten in einigen Universitätsstädten. Die Lage kann jetzt als durchaus normal bezeichnet werden, ohne daß es notwendig war, seitens der Regierung außerordentliche Polizeimaßnahmen zu ergreifen. Auch den Parteien und der gesamten Presse wurde die weiteste Freiheit (!) gelassen.

Beileid des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission.

An die italienische Bruderpartei hat der Parteivorstand und die Zentralgewerkschaftskommission folgendes Telegramm abgeschickt:

Wir übermitteln Euch den Ausdruck unseres aufrichtigsten Beileids und unserer tiefsten Unterstützung anlässlich der Ermordung des Genossen Matteotti.

Mit brüderlichen Grüßen

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakischen Republik.

Das Sekretariat der Sozialistischen Internationale an die italienische Partei.

Das Sekretariat der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ hat anlässlich der Ermordung Matteottis folgendes Schreiben an die sozialistische Partei Italiens gerichtet:

„Bis zur letzten Minute hofften wir — nun ist es traurige Gewissheit: Matteotti ist tot! Unser Schmerz ist um so brennender da wir noch vor kurzem tagelang mit ihm in London zusammen waren. Wir besprachen mit ihm eingehend die Aufgaben des proletarischen Kampfes in Italien, und wir fühlten immer wieder, da spricht nicht nur ein mutiger, arbeitstreuer Mann, sondern ein ganzer Mensch, der für die Sache, der er sein Leben geweiht, jedes Opfer zu bringen bereit ist. Matteotti war eine der großen Hoffnungen für den Wiederaufbau der sozialistischen Bewegung Italiens, für den

Industrieerzeugnisse führen, so daß die Industrie den Konkurrenzkampf mit den Industrieprodukten anderer Staaten nicht bestehen könnte. Das hätte eine weitere Störung der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Schon jetzt belastet die notwendige Arbeitslosenunterstützung den Staat schwer, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit würde nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für die Gesamtbevölkerung verhängnisvoll sein. Andererseits dürfen die Industriezölle die Lage der Landwirtschaft und der übrigen Bevölkerung nicht erschweren, sie dürfen kein Instrument des Wuchers sein. Das Problem ist ein heikles und kompliziertes und darf nicht durch engstirnige Schlagworte und nicht durch das selbstjüchtige Verlangen der Agrar- und Industriekapitalisten, sondern nur unter Rücksichtnahme auf die Interessen der Gesamtheit gelöst werden. Ob diese Absicht besteht, wird sich erst erweisen. Es wird sich zeigen, ob das beabsichtigte Kompromiß in nichts anderem bestehen soll, als darin, die Lage der Arbeiterschaft und der Mittelschichten aufs neue zu verschlechtern. Die Koalition steht längst schon auf zürrigen Beinen, eine solche Störung ihrer Existenz auf Kosten der konsumierenden Bevölkerung würde ihre Grundlagen in der Wählerjahre erst recht untergraben.“

mutigen unbegrenzten Widerstand gegen den grausamen Terror des Faschismus, dem ihr ausgeliefert seid. Wir freuen uns, ihn in Wien in der Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale wiederzusehen. Mussolini hat ihm den Post verweigert. Er war gezwungen, im Nachgebiet der Faschisten zu bleiben, und sie haben nicht geögert, der Fälle ihrer Untaten die Krone aufzusetzen.

Mit der strengen Objektivität und kritischen Gewissenhaftigkeit des wissenschaftlichen Forschers hat Matteotti die Greuelthaten des Faschismus gesammelt, sie nach Städten und Monaten geordnet und sie ohne Kommentar veröffentlicht. Aber diese nüchterne Sammlung von Tatsachen in seinem Buche „Das erste Jahr des Faschismus“ wurde die flammendste Anklage gegen die Schreckensherrschaft Mussolinis. Er war mitten in der Arbeit für die zweite Auflage dieses Buches, für seine Ausdehnung auf das zweite Jahr des Gewaltregimes in Italien. Nun ist er selbst zum Blutzeugen dieses zweiten Jahres des Faschismus geworden. Der Chronist ist in die Chronik eingegangen. Sein Leben und sein Sterben werden aber nicht umsonst geweint sein. In die Proletarier aller Länder wird das Schicksal Matteottis unendlich das Bewußtsein pflanzen, daß der Faschismus, diese bestialische Form, in der die kapitalistische „Ordnung“ in Erscheinung tritt, sie überall bedroht und sie ihre Kräfte gegen diesen tödlichen Feind der Arbeiterklasse zu entschlossenem, jähem Kampf zusammenfassen müssen.

Wir trauern mit den Sozialisten Italiens in Liebe und Dankbarkeit für den treuen Genossen, und wir wissen, daß sie an dem Grabe des Freundes sich geloben werden: Wir lassen uns nicht einschüchtern! Trotz alledem!“

Eine Proletärenresolution der Labourparty.

London, 18. Juni. Der Generalkongreß des britischen Gewerkschaftskongresses des Vollzugsausschusses der britischen Arbeiterpartei, sowie die Mitglieder des gemeinsamen internationalen Ausschusses haben in einer Entschließung die tiefe Entrüstung ausgedrückt, daß Matteotti ein Opfer der Gewalttätigkeit des Faschismus wurde. Wer auch immer der tatsächliche Schuldige sei, die britische Arbeiterschaft sei der Ansicht, daß die Führer des Faschismus für Matteottis Tod moralisch verantwortlich seien.

Demonstration der Italiener in London.

Paris, 18. Juni. Das „Journal“ meldet aus London, daß 200 Italiener vor dem italienischen Konsulate manifestierten. Vier Personen wurden verhaftet. Der italienische Konsul mußte mit dem Revolver drohen.

Balkanisches.

Belgrad, 18. Juni. In Nisch wurde ein Bulgare namens Dimitrow verhaftet, weil er feinerlei Dokumente bei sich hatte. Bei der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung ergab sich, daß er beauftragt war, die in Serbien weilenden bulgarischen Emigranten Chow und Todorow zu ermorden. Dimitrow gestand ferner, daß er auch ein Attentat gegen Ministerpräsidenten Pafitsch auszuführen habe, um in Jugoslawien innere Unruhen hervorzuheben.

Belgrad, 18. Juni. Wie aus Sofia gemeldet wird, drang ein unbelannter Täter am 14. d. M. in die verschlossene Wohnung des jugoslawischen Militärattachés Obersten Milowic. Er versuchte den Dokumentenschrank zu erschlagen, wurde aber durch das Eintreffen der Frau des Attachés mit zwei Mitgliedern der Gendarmen vertrieben.

Der Mord an dem Abg. Petroff.

Sofia, 18. Juni. Der Mörder des Abg. Petroff hat ein Geständnis abgelegt, die Einzelheiten der Unternehmung werden aber vorläufig geheimgehalten. Der Minister des Innern hat sofort den Chef der geheimen Polizei entlassen. Außer ihm werden noch einige höhere Beamte der Geheimpolizei entlassen werden. Alle Tagesblätter verurteilen den Mord und sprechen die Überzeugung aus, daß der Mörder und seine eventuellen Mitschuldigen die strengste Strafe nach dem Gesetze erhalten.

Völkische Erneuerung.

Die Völkischen werden, das sagt Herr Max Maurenbrecher in einem Aufsatz der „Deutschen Zeitung“, „schließlich doch einmal dazu berufen sein, das von Juden und Marxisten zersätere Volkstum neu aus eigener Wurzel heraus wieder zusammenzuleben.“ Da Maurenbrecher damals, als er noch verbudeter Marxist war, kräftig zersätere, ist's nicht mehr als recht und billig, daß er jetzt „aus eigener Wurzel heraus“ beim Zusammenleben hilft. Dieses „Neu-Zusammenleben“ heißt mit einem anderen Worte „völkische Erneuerung“. Wer sich und das Volk völkisch erneuern will, dem empfiehlt Herr Maurenbrecher einen Vortrag des Herrn Professors Wundt über das zeitgemäße Thema: „Was heißt völkisch?“ Wundt ist, wie Maurenbrecher rühmend von ihm sagt, „von allen akademischen Philosophen derjenige, der seine akademische Arbeit wohl am meisten den Tagesbedürfnissen der völkischen Erneuerung einzuordnen verstanden hat.“ Der also am bedenkenlosesten keine Wissenschaft zur Hure des Nationalismus machte. Er ist also gewiß dazu berufen „das schwere Erbe aus den Tiefgruben der deutschen philosophischen Denkens in eine Münze auszuprägen, die auch für den Laien brauchbar ist“, selbst wenn sie eine falsche Münze sein sollte, wie die Behauptung, Wundt habe an der Front „Leben und Tod vier Jahre lang mit seinen Kameraden geteilt.“ Ach nein, er hat nicht geteilt! Nur weil er das Leben behielt, sagt er jetzt, was „völkisch“ ist und prägt aber doch kein Wissen um des Volkstums Erneuerung nicht in echter Münze aus, denn daß die Ausröttung aller, die mit Maurenbrecher neu-zusammenzuleben aus tiefer Wurzel graust, das eigentlich völkische ist, daß der Boden, auf dem Maurenbrechers, Wulles, Ludendorffs, und Wundts Volkserneuerung sprechen soll, mit dem Blute der „Zersätere“ gebüht wird, — das sagt Herr Wundt in seinem Vortrage doch nicht, denn selbst völkische Philosophieprofessoren legen sich eine gewisse Zurückhaltung auf beim Einordnen ihrer akademischen Arbeit in die Tagesbedürfnisse der völkischen Erneuerung auf, wie denn selbst die pharisäische Strahendirne ihren Beruf lieber in Winkeln und im Schatten ansieht als auf dem Marktplatz und in der Sonne. So wissenschaftlich es also wäre, vor allem für die „Völkischen“, endlich zu erfahren, was völkisch heißt — es gibt darüber vielerlei Auffassungen und Parteien, — man wird nie genau wissen, welchen Inhalt das leerste aller Worte hat. Sicher scheint nur das eine zu sein: ganz ohne Juden geht's nicht. Unter dem Strich, auf dem er geht, läßt Maurenbrecher einen völkischen Stilkenkünstler, den Politiker und Satiriker Ignaz Wrobel, mit scharfen Worten abmurksen. Der glaubt das nicht, besser tun zu können, als indem er zitiert, was Gustav Landauer in seinen Shakespeare-Vorträgen über den Hesperites sagt, mit dem Ignaz Wrobel im Feuilleton der „Deutschen Zeitung“ verglichen wird. Na, wenn der Maurenbrecher dem Feuilletonisten drauskommt, daß er Landauer zitiert, wo es doch einen Varietis gibt! Oder sollte dem Landauer sein Judentum wie seine Geistigkeit verziehen worden sein, weil seine Ermordung einigen völkischen Soldaten Gelegenheit zu völkischer Erneuerung war, so wie dem Grafen Arco verziehen wird, daß er ein Judenstammling ist, weil er den Juden Kurt Eisner niederschloß? Es scheint also in dem großen Prozeß der „völkischen Erneuerung“ auch so etwas wie eine Entführung vom Judentum zu geben, so daß die Völkischen bei dem gewiß sehr

mühsamen Wiederausleben nicht ganz auf die eigene Wurzel angewiesen sind, sondern zumindest ein paar Fasern der Rassefremden dabei brauchen können (sonst müßten sie ja sogar auch auf den Ludendorff verzichten). Wellivog.

Nach der Koalitionstrife.

Sozialversicherungsberatung im September.

Prag, 18. Juni. In der Koalition herrscht schon wieder

schönster Friede,

und wenn man den Versicherungen der Koalitionspolitiker Glauben schenken würde, so müßte man meinen, daß es eine Koalitionstrife überhaupt nicht gegeben hat, und daß diese — wie sich ein Koalitionspolitiker heute äußerte — nur in der „Einbildung“ der Opposition existiert habe. Man hat über die Neuwahl drohungen, die noch vor einigen Tagen von allen Seiten ausgesprochen wurden, schon den Schleier der Vergessenheit gebreitet.

Heute hielt der zehnjährige Vollzugsauschuß der Koalition eine Sitzung ab, die dem

Kompromiß

die Sanktion erteilte. Den tschechischen Sozialdemokraten wurde die Zusage gemacht, daß das Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses bis 10. Juli die Beratung der Sozialversicherung vollende, worauf bis zum 15. Juli die Spezialdebatte im sozialpolitischen Ausschusse beendet werden soll. Das Haus, dessen Tagung nächste Woche geschlossen werden soll, soll anfangs September zur Beratung der Sozialversicherung zusammentreten. Die Frage der Agrarzölle dürfte im Rahmen des autonomen Zolltariffes gelöst werden.

In der Hausitzung wurde unter anderem das Gesetz über die

Bergbauschiedsgerichte

beraten. Der sozialpolitische Ausschuß hat nämlich am 11. Mai 1923 eine Resolution beschlossen, mittels der die Regierung aufgefordert wird, eine umfangreiche Änderung des Gesetzes über die Bergbauschiedsgerichte vorzuschlagen.

Nach dem Berichte des Referenten Proziß führte Genosse Dr. Haas aus:

Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht nur eine Folge der Mängel, die sich aus dem Gesetze über die Bergbauschiedsgerichte direkt ergeben, sondern er wird in erster Reihe hervorgerufen dadurch, daß die Regierung durch ihre Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Betriebs- und Revierräte im Bergbau einen großen Teil der Erzeugnisse des Gesetzes über die Bergbauschiedsgerichte einfach außer Kraft gesetzt hat. So hat es unter anderem die Regierung durch die Durchführungsverordnung bewirkt, daß in denjenigen Fällen, in welchen nach der Tendenz und dem Inhalt des Gesetzes die Betriebsräte vollständig autonom zu entscheiden hätten, nicht die Betriebsräte, sondern eine paritätisch zusammengesetzte Kommission zu entscheiden hat, was zu unabwehrbaren Konsequenzen geführt hat. Die Durchführungsverordnung hat aber auch noch etwas anderes geleistet. Während im Gesetze es ausdrücklich heißt, daß die Betriebsräte das Recht haben, „spolufobiti“, also mitzuwirken bei der Auflösung des Dienstverhältnisses, hat die Durchführungsverordnung eine Teilung vorgenommen und unterschieden: die Entlassung aus disziplinären Gründen, eine solche auf Grund

der Bestimmungen des § 202 des allgemeinen Bergbaugesetzes, die Auflösung des Dienstverhältnisses wegen Herabsetzung der Zahl der Arbeiter oder wegen Einstellung oder Herabsetzung des Betriebes, und schließlich die Kündigung aus anderen Gründen. Es wurde in der Durchführungsverordnung nach dieser Einteilung dem Betriebsrate lediglich die unbedingte Mitwirkung zuerkannt in Fällen der Disziplinarverurteilung, im Falle der Entlassung wegen Einstellung des Betriebes nicht die Mitwirkung, sondern bloß eine beratende Stimme. In der Durchführungsverordnung hat es sich, kurz gefasst, nur darum gehandelt, daß das Gesetz über die Betriebs- und Revierräte im Bergbau glatt fabotiert werde. Wie sind überzeugt, daß der heutige Beschluß des Ausschusses einen großen Fortschritt bedeutet, wir sind aber auch überzeugt, daß der Gesetzentwurf noch immer sehr viele Mängel aufweist, und daß in nicht allzu langer Zeit die Notwendigkeit wieder eintreten wird, eine Reform des Gesetzes herbeizuführen. Wir werden aber trotzdem für die Vorlage stimmen, damit im vorliegenden Falle das Bessere nicht der Feind des Guten werde. (Beifall.)

Nach der Annahme des Gesetzes beriet das Haus die Vorlage über die Aufhebung eines Teiles der Bezirksstrafen erster Klasse in Provinz-Bosowitzer Gebiet, worauf die Sitzung ihr Ende fand.

Nächste Sitzung: Dienstag den 24. Juni, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung befindet sich unter anderem das Beamtenbestehungsgesetz.

Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des Gesetzes über das Zivilgerichtsverfahren betrifft. Außerdem wurde dem Hause ein Initiativantrag der Abg. Genossen Dr. Holtscher, Deutsch und Tausch vorgelegt, der die Erlassung eines Gesetzes betreffend den Kleinverkauf und den Ausschank alkoholischer Getränke anlangt.

Inland.

„Vorwärts“ und „Právo Lidu“.

In der letzten Obmannkonferenz des Senates hat Genosse Dr. Heller einen Antrag auf Errichtung einer sachgehehrigen Kommission eingebracht, die überprüfen sollte, was an dem bekannten Memorandum des statistischen Rates Křima über die Verteilung der Spiritusgelder wahr ist.

Das tschechisch-sozialdemokratische „Právo Lidu“ benützte diese Tatsache, um in seiner Ausgabe vom 13. Juni über Genossen Dr. Heller herzufallen. Das „Právo Lidu“ folgte unter anderem: „Wir haben wahrgenommen, daß die deutschen Sozialdemokraten in einer unartigen Weise die Enthüllung Klimas zur Verächtlichmachung unserer Partei im Auslande ausnützen. Und wir sehen, daß wahrscheinlich Senator Dr. Heller hievon nicht weit entfernt ist. Nach dem Muster der Bolschewikischen sich die deutschen Sozialdemokraten nicht...“ und so geht es im „Právo Lidu“ weiter.

Am selben Tage schrieb aber der Reichender kommunistische „Vorwärts“, daß der deutsche sozialdemokratische Senator Heller sich ganz auf die Seite der tschechischen Sozialdemokraten stellte und erklärt habe, daß er „von ihrer Reinheit bei der Korruption vollkommen überzeugt“ sei. Schließlich sagt der „Vorwärts“: Die Rede zeigte deutlich,

daß die Sache zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten vereinbart war.“

Da sich diese beiden, an einem Tage im deutsch-kommunistischen und tschechisch-sozialdemokratischen Zentralorgane erschienenen Notizen gegenseitig widerlegen, erübrigt sich wohl jede Bemerkung.

Beamtenfragen.

In der gestrigen Sitzung des verfassungsmäßiglichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der Gesetzentwurf über die Verfolgung der Bestechung der Beamten beraten und angenommen. Auch eine Resolution Prof. Kaska, die die Regierung auffordert, 1. einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten vorzulegen, 2. die Dienstbezüge der Beamten mit Hochschulbildung zu erhöhen und 3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Gleichheit der Pensionsansprüche der Altpensionisten mit den Neupensionisten herbeigeführt wird, lag der Sitzung vor. Prof. Kaska hatte diese Resolution bereits seinerzeit im Anfang der Beratung des Gesetzentwurfes, angekündigt. Die Koalitionsparteien ersuchten ihn, den Antrag zurückzuziehen, um ihren Klubs Zeit zur Beratung dieses Antrages zu lassen. Abgeordneter Kaska und Genosse Sadenberg wies darauf hin, daß dieser Resolutionsantrag keine Ueberraschung bilde, weil er bereits bei Beginn der Beratungen des Gesetzes angekündigt wurde und die Koalitionsklubs Zeit hatten, sich mit ihm zu befassen. Bei der Abstimmung wurden die Absätze 1 und 3 der Resolution einstimmig, der Absatz 2 gegen die Stimmen der tschechischen Sozialdemokraten angenommen. Die zwei nationaldemokratischen Vertreter im Rechtsausschuß hatten die Sitzung verlassen.

Zur Beratung des Gesetzes über die Fideikomisse wurde ein Subkomitee eingesetzt, dem unter anderem auch Genosse Sadenberg angehört.

Am den Zuckerpriis.

Die Sitzung des Ernährungsausschusses beschäftigte sich mit der Regierungsverordnung vom 8. Mai l. J., mittels welcher für die Erzeugungsperiode 1924—25 der Preis für Kristallzucker mit 4 Kronen 40 Heller für ein Kilogramm ab Raffinerie festgesetzt und der Rohzuckerpriis mit 2 Kronen 60 Heller für ein Kilogramm ab Fabrik bestimmt wird. Der Referent Votruba empfahl ohne längere Begründung die Kenntnisnahme der Vorlage.

In der Debatte sprach auch Genosse Fischer. Er hält es für den ärgsten Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes, wenn die Regierung auf Grund dieses Gesetzes die Zuckerpriis bestimmt, denn auf die „durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse“ kann sie sich nicht berufen. Das Ermächtigungsgesetz hätte längst vom Parlament beseitigt werden sollen. Der Priis ist so hoch, daß die Verbraucher in der Tschechoslowakei in der Kampagne 1924—25 den Zucker werden weit teurer bezahlen müssen, als sein Priis auf dem Weltmarkt beträgt. Trotz des Sinkens des Zuckerpriis setzt die Regierung für den Inlandkonsum denselben Priis fest, wie er bisher bestand, und macht damit der Großindustrie, welche größtenteils von den Banken beherrscht wird, ein Geschenk von vielen Millionen Kronen. Die Regierung setzt ohne vorherige Verständigung und Beratung mit dem Ernährungsausschuß einfach den Priis fest und zwingt so auch die sozialistischen Koalitionsparteien, welche im Herbst viel gegen die

Die kleine Lotte. (21)

Von Simone Bobéde.

Uebersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Copyright by Internationales Verlag „Renaissance“, Wien.

Die Gaststube der Porcher ist gedrängt voll. Totenblatz geht Madame Porcher von Tisch zu Tisch, spricht und lacht sehr laut, scherzt mit den Damen Touvel und Kamel, bedauert die Witwe, die mit zwei Söhnen zurückgelassen ist. Man beobachtet sie neugierig. Auch Charlotte tut es. Das Benehmen der Frau verwirrt sie. Es ist soweit entfernt von ihrer sonstigen Zurückhaltung. Die fahrigten Bewegungen überraschen sie. Lise beginnt ein Loblied auf Sektors Witwe, die sie nicht kennt, schimpft auf die Frauen, welche Ehen zerstören: „Was wollen Sie liebe Madame Porcher, man muß im Leben gute Miene zum bösen Spiel machen.“

So geht es den ganzen Abend. Die Damen erinnern an die Eroberungen, die man von jeder dem schönen Sektors zugeschrieben. Die Herren überbieten sie darin: na, schließlich haben ihm aber seine Abenteuer schlimm mitgespielt. Die Moral ist gerächt, das öffentliche Gewissen befriedigt. Alle haben sie sich, mehr oder weniger, um Madame Porcher bemüht, ihr beizubringen versucht, daß ihr Geschieber sie betrüge. Heute Abend ist das Wild zur Strecke gebracht. Nur Touvel widerpricht: „Robert ist ein gemeiner Kerl. Kommt er wieder her, schlage ich ihm die Knochen entzwei mit diesen meinen Fäusten da. Einen Kameraden töten für eine...“

Hestiger Wortwechsel. Madame Stidel ist eine anständige Frau, sie hat weder an Robert noch an Sektors gedacht. Der letztere war übrigens verheiratet. Hätte die junge Frau nur in Ruhe lassen sollen. Robert hat sie verteidigt.

„Hunde, brüllt Touvel, vollständig betrunken, ihr seid ja alle hinter der Dirne her, wie eine Meute hinter der Hündin.“

Seine Frau zieht ihn fort, spricht währenddem den Inhalt einer Flasche Sodawasser auf Kamel, der seine Wirtstafel in der Luft schwenkt, um mit ihr dem Beleidiger ins Gesicht zu schlagen.

Die Herren setzen das Gespräch fort. Sie alle haben sich schon unzählige Male geschlagen, wie es so edlen tapferen Ritters geziem. Unzählige Glende, Quälgeister, Ausbeuter von wehrlosen Frauen haben sie getötet, erstochen, erschossen. Madame Porcher flüchtet hinter Lottes Stuhl, im Hintergrund des Zimmers. Sie stützt sich mit beiden Händen auf die Lehne, zittert krampfhaft. Das junge Mädchen hebt das sanfte Gesicht zu ihr empor, sagt mit bewegter Stimme:

„Hören Sie nicht auf sie, Madame Porcher. Sie haben getrunken, sie wissen nicht, was sie sagen. Es ist nicht wahr.“

„Wird sie nicht kommen?“

Warum erwartet die Unglückliche Madame Stidel? Woher schöpft Charlotte das Bedürfnis, sie zu trösten? Sie verachtet Madame Porcher. Entdeckt, daß man verächtlich sein und leiden kann. Faßt sie um die Taille, umarmt sie. Tränen fallen auf Lottes Stirn, wie Tropfen von glühend geschmolzenem Blei. Verblüfft schaut Lise ihre Tochter an. Der Weinhändler, die Serdiette unter dem Arm ruft seiner Frau zu:

„Was machst du? Teufel auch, was machst du eigentlich? Du siehst ja, daß sie die Gläser zerbrochen. Sektors ist tot. Das ist ein Unglück. Ich bin erschüttert. Aber — nimm dich zusammen — was hast du?“

Die Frau fällt in einer heftigen Nerventriebe zu Boden. Zwei Tage später erscheint der Mann bei den Bugeot. Die beiden Frauen sind allein. Entsetzt sehen sie, wie er auf einem Stuhl zusammenbricht, sich den Schweiß von der Stirn trocknet:

„Madame Bugeot, kommen Sie mit mir. Ich kann nicht mehr. Sie haben meine Frau gefannt. Sie hat sich vom Turm vom Notre-Dame heruntergestürzt. Jetzt ist sie im Leichenschauhaus.“ „Armer Freund“, sagt Lise, „es ist besser so.“

„Aber Mutter!“

Mutter zuckt die Achseln. Geht mit dem Weinhändler fort. Zum Abendessen ist er wieder vor dem Unglückstag war Madame Porcher die ganze Nacht krank. Was schien natürlich — der Tod Sektors, eines alten Freundes, der sie so oft aus der Verlegenheit gezogen! Denn es ist nicht immer einfach, Trunkenbolde zu bedienen — die Konkurrenz ist zu groß! Am nächsten Tag, nachmittags, wollte sie aufstehen. Sie zog sich hübsch an und ging zu einem Ausverkauf in den Von Marche. Er ließ sie gehen, war froh, daß sie so über ihre Traurigkeit hinwegkam. Aber sie kehrte nicht heim. Er dachte, sie sei zum Abendessen zu ihrer Schwester gegangen, sei dort über Nacht geblieben. Schon hatte sie ihm solche Streiche gespielt. War sie doch so launisch, so sonderbar!

Mutter spricht von gefallsüchtigen, lasterhaften verwöhrenden Frauen, nur geschaffen, zu vernichten. Der Gatte weint heiße Tränen, schüttelt den Kopf:

„Sie war sanft, Madame Bugeot, sie hat mich sehr gern gehabt. Ich verstehe nicht. Ich bin immer gut zu ihr gewesen.“

Mimi verschlingt ihn mit den Augen. Man hat ihr gesagt, daß Männer niemals weinen. Charlotte kann nicht essen. Es ist ihr furchtbar peinlich, daß Mutter die Tote beleidigt. Sie ist sich der Zwecklosigkeit des Wortes bewußt.

Um diese Zeit verläßt Mimi die Schule. Sie hat fast nichts gelernt, wird außer Hause in die Lehre gegeben, weil sie daheim zu viel spielt. Natürlich lernt sie auch da nicht mehr. Geht es nicht weiter, wechselt man den Platz. Von Tag zu Tag wird es klarer, daß sie unfähig ist, gleichgültig und schwach. Sie wird sein, was Zufall aus ihr machen wird. Keinerlei Vertraulichkeit zwischen ihr und ihrer Schwester. Schon seit langem liebt Mimi Charlotte nicht mehr. Diese nimmt ihr gegenüber immer die Partei der Mutter, widersteht sich aber, daß man Mimi schlage. Trostdem schulmeißerte sie die Kleine.

So ist auch Mimi eine Quelle von Unannehmlichkeiten für Lise. Charles kommt wieder heim. Acht Tage lang ist er sanft, ruhig. Lise hofft von neuem. Er spricht zu Charlotte. Die antwortet nicht, wendet sich ab. Lise ist dann auf ihre ältere Tochter böse. Klagt sie in ihrem Herzen an, Färllichkeit für diejenigen aufzusparen, die sich, wie Madame Porcher, schlecht aufführen. Das junge Mädchen begreift das nicht. Um so weniger, da Charles wieder auszugehen beginnt, seine Frau mißhandelt. Sofort näbert sich Lise der Kleinen, spricht wieder von der Scheidung.

Lise hat eben ihre sechste Entbindung hinter sich. Das Kind, ein Junge, wird gleich zu Tante Sophie gebracht. Da erfährt sie die Vermählung der Kleinen Stidel mit Robert. Sie trug — erzählt man ihr — ein hellgraues, fast weißes Kleid. Das erhob noch Lises Gorn. Charlotte hört ihre Klagen an, macht große Augen. Die Farbe des Kleides von Madame Stidel interessiert sie nicht. Daß freie, glückliche, reiche Leute das Bedürfnis haben, sich zu verheiraten — das scheint ihr ein Wunder, ein außerordentliches. Sie gesteht es in aller Unschuld.

„Gewiß, du hast recht“, sagt die Mutter. „Die Frauen täten besser, niemals zu heiraten. Sie können nur unglücklich werden.“

„Warum bleiben sie denn dabei?“

Charlotte ist mit sechzehn Jahren ein noch sehr unwissendes junges Mädchen. Menschen-scheu, hat sie keine Freundinnen. Sie liest nicht die Feuilletons des „Petit Parisien“ oder des „Petit Journal“, für die sich ihre Mutter leidenschaftlich begeistert. Darin ist oft von Liebe die Rede. In die Gemeindebibliothek eingeschrieben, hält sie sich nach wie vor ausschließlich an die französische Geschichte, an Reisebeschreibungen. Sie kennt kein anderes Vergnügen, als Sonntags in das Louvre-Museum zu gehen, wie ihr Mademoiselle Buchs empfohlen. Beginnt auf der Straße zu laufen, sobald ein Vorübergehender es sich einfallen läßt, ihr etwas zu sagen.

(Fortsetzung folgt.)

Zuckersteuerung reden, der Verordnung ihre Zustimmung zu geben. Jeder andere Teil unserer Volkswirtschaft muß eintretende Preisverluste selbst tragen, nur der Zuckerindustrie wird eine Sonderstellung auf Kosten der Verbraucher eingeräumt.

Der Regierungsvertreter suchte den Schutz der Zuckerindustrie mit dem Hinweis auf die Finanzen des Staates, seine Balasta und die für seine aktive Handelsbilanz außerordentlich wichtige Zuckerausfuhr zu rechtfertigen.

Sodann wird die Regierungsverordnung mit sechs gegen vier Stimmen genehmigt.

Wissenschaftler gegen die Sozialversicherung. In dem Augenblick, in welchem sich die Agrarier bemühen, die Sozialversicherung, durch ihre Verknüpfung mit der agrarischen Forderung nach Getreidezöllen zu verzögern, müssen natürlich auch die deutschen Agrarier zeigen, daß sie an Arbeiterfeindschaft ihren tschechischen Kollegen nichts nachgeben und gleichfalls gegen die Sozialversicherung auftreten. Der deutschagrarisches Abgeordnete Kaiser, der am 15. Juni in Frankfurt bei Mährisch-Schönberg, am Kreisparteitag des Bundes der Landwirte über die Sozialversicherung sprach, ist natürlich viel zu schlau, die Sozialversicherung schlangenschematisch abzulehnen, weil viele kleine Landwirte und Häusler gleichfalls ein Interesse an ihrer Versicherung im Alter und im Falle der Invalidität haben. Der genannte Abgeordnete versucht, da er nicht offen gegen die Sozialversicherung auftreten kann, das große soziale Reformwerk dadurch in Mißkredit zu bringen, indem er behauptet, daß die sozialistischen Parteien die Sozialversicherung nicht um ihrer selbst willen anstreben, sondern um „die politische Macht auch für die Zukunft in die Hand der sozialistischen Parteien zu legen“. Um zu verhindern, daß die Sozialversicherung die politische Macht der sozialistischen Parteien mehrt, fordert Kaiser den Aufbau der Sozialversicherung nach der Verursachung, was dazu führen würde, daß die Versicherung in einzelnen Berufsgruppen überhaupt in Gefahr wäre. Das will natürlich auch der Herr Abgeordnete Kaiser und darum sein Vorschlag. Die breiten Massen der Bevölkerung werden sich aber durch solche Hetzreden gegen die Sozialversicherung nicht beirren lassen und werden den Aufbau der Sozialversicherung auf breiter Grundlage für alle Berufs- und alle Schichten der Bevölkerung fordern. Die Ministerarbeit des Abg. Kaiser gegen die Sozialversicherung zeigt nichts anderes, als die Arbeiterfeindschaft der Großagrarier, deren Interessen allein der Bund der Landwirte vertritt.

Ausland.

Ein Kommunist für die Regierung Macdonald.

Eines der hervorragendsten Mitglieder der nach London entsandten russischen Verhandlungskommission, der aus den Moskauer Parteidiskussionen bekannte Probrasczenski veröffentlicht in der „Pravda“ Eindrücke seines Londoner Aufenthaltes. Da der Kampf gegen die Arbeiterregierung Macdonalds von allen bolschewistischen Agenten in Europa als eine der wichtigsten Aufgaben angesehen wird, ist es nicht unwichtig, die Eindrücke Probrasczenskis wiederzugeben. Er beginnt mit einer Verwarnung gegen die Kritikalität der Bolschewisten:

„Unser Arbeiterpublikum (lies: wir Bolschewisten), das keine englischen Zeitungen liest, bildet sich seine Vorstellungen über England meistens auf Grund der Telegramme und einzelner Korrespondenzen. In diesen bruchstückweisen und oft zufälligen Mitteilungen wird die englische Wirklichkeit den revolutionären Hoffnungen des Schreibers angepaßt. Außerdem wird die sehr verwiderte und eigenartige Situation in England häufig genug auf der Linie des geringsten Gehirnwiderstandes, d. h. nach der Schablone unserer Resolutionen beurteilt. Es ist wohl nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß diese Art von Information der Wirklichkeit kaum entspricht.“

Probrasczenski schildert dann eingehend die Tätigkeit der Arbeiterregierung und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse:

„Über das Verhältnis zwischen der Regierung Macdonald und den Arbeitern besteht bei uns eine absolut unzutreffende Vorstellung. Die Regierung ist zurzeit außerordentlich populär in den Arbeiterkreisen und ihre Popularität nimmt nicht ab, sondern wächst. Gewiß ist eine Opposition vorhanden, die von den Trade-Unions vertreten wird, aber diese Opposition will eine radikalere Politik Macdonalds, aber keineswegs seinen Rücktritt und den Übergang der Regierung an die Unionisten und die Liberalen. Einen anderen Ausweg würde es aber zurzeit nicht geben. Die Arbeiterregierung muß, um sich zu halten, ihre Politik an der Grenze der Duldung durch die Liberalen führen oder zurücktreten. Sie zieht das erste vor.“

Ist eine solche Politik richtig? Das kommt auf den Standpunkt an. Unter dem Gesichtspunkt der Beibehaltung der Regierungsgewalt und der Verstärkung der Sympathien in der Arbeiterchaft ist diese Politik der Regierung offenbar richtig. Vorläufig bringt die Regierung im Parlament keine Vorschläge von so prinzipieller Bedeutung ein, die ihren unmittelbaren Rücktritt herbeiführen würden. Aber sie versteht es sehr geschickt, den Unwillen, das Mißtrauen und die Abneigung der Arbeitermassen gegen die parlamentarische Mehrheit der Konservativen und Liberalen zu erregen. Sie sagt den Arbeitern ständig: „Dies und jenes, was für die Arbeiterklasse nötig ist, würden wir durchführen,

Eine gemeinsame Beratung von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft.

Der Antikriegstag. — Proletarisches Siedlungswesen.

Mittwoch fand in Prag unter dem Vorsitz der Genossen Dr. Czech und Schäfer eine gemeinsame Beratung von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft statt, die zu bedeutenden Beschlüssen führte.

Vor Eingang in die Beratungen beantragte Genosse Dr. Heller die Absendung eines Telegrammes an die Vereinigte sozialistische Partei Italiens als Ausdruck des Beileids und der Unterstützung anlässlich der Ermordung des Genossen Matteotti.

Genosse Architekt George Karau (Wien), der Erbauer des Auffiger Hauses der Arbeit erstattete das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung „Proletarisches Siedlungswesen“, legte den Unterschied zwischen bürgerlichem und proletarischem Siedlungswesen dar und entwarf unter Verwertung englischer, reichsdeutscher und insbesondere Wiener Erfahrungen das Programm einer unseren Verhältnissen angepaßten, auf Selbsthilfe der Arbeiterchaft eingestellten Siedlerbewegung. Das Referat löste eine eingehende Besprechung aus. Genosse Dr. Stern stellte grundsätzliche Anträge zur Schaffung einer das ganze Land umfassenden Siedlerbewegung, deren Träger Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft zu sein haben. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

„man“ gestattet es uns nicht.“ So stand es z. B. mit dem Punkt der Wohnungsbill, der sich auf die Ermittlung von Arbeitslosen bezog. . . Der Jahreshaushalt mit seiner Ermäßigung indirekter Steuern (das „Wahlbudget“, wie es die Rechtspresse boshaft ironisierte) wurde in Arbeiterkreisen mit großen Sympathien aufgenommen. Viel Beifall findet unter den Arbeitern auch das Programm des billigen Wohnungsbaus, das die Arbeiterregierung durchführen will. . .

Auf jeden Fall, wenn jetzt die Regierung Macdonald auf parlamentarischem Wege gestürzt und Neuwahlen angesetzt würden, dann erhielte sie bedeutend mehr Stimmen als bei der letzten Wahlkampagne. Das haben die Nachwahlen im Parlament und zum Teil auch die Gemeindevahlen der letzten Zeit gezeigt. Bezeichnend ist auch, daß die Regierung die Sympathien eines Teiles des Kleinbürgertums gewinnt der früher nicht für die Arbeiterpartei stimmte. Wenn man bei uns die Regierung Macdonalds mit der Regierung Kerenski vergleicht, so trifft das für den sozialen Charakter der Regierung zu. Aber sehr häufig wird dieser Vergleich bei uns übertragen auch auf das Tempo der Entwicklung aller sozialen Prozesse, vor allen Dingen auch auf die schnelle Erledigung aller reformistischen Illusionen. Darin liegt der Hauptfehler.“

Probrasczenski rechnet nicht damit, daß die englische Arbeiterklasse ihre reformistischen Illusionen in Monaten ablegt. Er hält viele Jahre für diesen seiner Meinung nach unvermeidlichen Prozeß für notwendig. Vor allen Dingen glaubt er, daß dazu die Arbeiterpartei erst einmal die Mehrheit im Parlament erobert haben muß. Ueber diese „Illusion“ wollen wir mit ihm ebenso wenig streiten wie über die bolschewistischen Illusionen, die in Rußland so kläglich gescheitert sind. Festzuhalten bleibt, daß einer der führenden Männer der kommunistischen Internationale auf Grund seiner Beobachtungen zu dem Ergebnis kommt, daß die englische Arbeiterregierung sich wachsender Sympathien in den Volksmassen erfreut und daß ihr schrittweises und behutsames Vorgehen dem Kräfteverhältnis, den Möglichkeiten und auch der Auffassung des englischen Volkes entspricht. Die Fete, die von den europäischen kommunistischen Parteien gegen die Regierung Macdonalds betrieben wird, erledigt sich damit von selber.

Polnische Prozesse gegen Arbeiter.

Der Klesnoprozeß in Krakau.
(Von unserem Berichterstatter.)

Die vorausgesagte Überraschung ist bereits eingetreten. Der Hauptzeuge auf dessen Ausgehlin die Anklage gegen die Genossen Dr. Drobner und Redlich aufgebaut ist, war trotz ergangener Ladung zur Hauptverhandlung nicht erschienen. Am nächsten Tag wurde er vorgeführt. Der Zeuge widerriet nun seine belastenden Aussagen, die er in der Voruntersuchung gemacht hat. Die Anklage gegen beide Genossen ist total zusammengebrochen. Der Vorstehende, der noch tags vorher, die von Gen. Dr. Drobner geführten Entlastungszeugen in einem ironischen Kreuzverhör auf des Glattis zu führen versuchte, war ganz konsterniert. Der Staatsanwalt half aus der Affäre, indem er den Antrag stellte, seinen Hauptzeugen unter dem Verdachte der falschen Zeugenaussage ins Untersuchungsgefängnis abzuführen, was auch der Vorsitzende anordnete. —

Die Novemberereignisse vor dem Larnower Gericht.

Vor dem Kreisgericht in Larnow fand die Strafverhandlung gegen die angeklagten Arbeiter statt, die während der Novemberereignisse in den Generalstreik getreten sind und gegen das Verbot der Regierung, die Versammlungen abgehalten haben. Hierbei haben die Arbeiter den Militärorden durchbrochen und mit einem Teil der Soldaten sich verbrüdet. Bei der Verhandlung, die

ein vorbereitendes Komitee wurde eingeseht.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Der Antikriegstag“ sprach Genosse Dr. Stern. In Durchführung des Beschlusses der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei und der deutsche Gewerkschaftsbund gemeinschaftlich mit dem sozialistischen Jugendverband am 26. und 27. Juli dieses Jahres Antikriegsdemonstrationen durchführen. Genosse Dr. Stern legte ein ausführliches Programm der ganzen Aktion vor und betonte die Notwendigkeit, besonders die Arbeiterjugend zu den geplanten Kundgebungen heranzuziehen. Die Anträge und Anregungen wurden zum Beschluß erhoben, das Parteisekretariat wurde mit der Organisation der Gesamtkaktion betraut.

Schließlich beschäftigte sich die Sitzung mit dem Karlsbader Turnerfest und dem letzten Beschluß des Arbeiterturnerverbandes. Gegen die Uebergriffe der kommunistischen Partei wurde energisch Einspruch und Protest erhoben. Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Angelegenheiten wurde die Sitzung in den Abendstunden geschlossen.

in korrekter Weise vom Gerichtshof geführt wurde, stellte sich heraus, daß unter den Arbeitern selbst, Spitzel und Provokatoren der Polizei tätig waren. Der Gerichtshof gab über Ansuchen der Verteidigung den Namen des Spitzels bekannt. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

Das Urteil im Lemberger Kommunistenprozeß.

Gestern wurden die in Lemberg seit zwei Wochen andauernden Verhandlungen gegen 12 Ukrainer, welche der Teilnahme an Sabotageakten in Ostgalizien und kommunistischer Propaganda angeklagt waren, zu Ende geführt. Das Geschworenengericht hat alle Fragen auf Hochverrat verneint. Zwei Angeklagte wurden verurteilt, und zwar Wewel zu 15 Jahren schweren Kerkers und Odolanski zu 1 1/2 Jahren. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Telegramme.

Die englisch-russische Konferenz getheilt?

Berlin, 18. Juni. Der sozialdemokratische Parlamentarier aus London meldet, daß der Führer der russischen Delegation bei der englisch-russischen Konferenz Litwinow von London nach Berlin abgereist ist, ohne den geringsten Erfolg in seinen Bemühungen um eine englische Anleihe errungen zu haben. Es ist noch ungewiß, ob er überhaupt nach London zurückkehren wird.

Kongreß der 3. Internationale.

Moskau, 18. Juni. (AP.) Hier wurde der 5. Kongreß der 3. Internationale eröffnet. Er erließ einen Aufruf gegen den weißen Terror und ein Manifest an die Rote Armee, die Flotte und die Fliegertruppen.

Blätterstimmen zu Herriots Regierungserklärung.

Berlin, 18. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt: „Was an der Erklärung befriedigend erscheint, ist durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie möglich gemacht worden, was noch nicht befriedigend ist, findet seine Stütze in der deutsch-national-völkischen Agitation. Bezüglich der Freilassung der Ruhrgefangenen erwartet das Blatt, daß auch die Befreiung der verhältnismäßig wenigen, die noch im Gefängnisse bleiben, für ein demokratisches Frankreich eine Ehrenpflicht sei. Wenn sich die Deutschenationalen heute schon in lärmenden Angriffen auf die französische Regierungserklärung ergehen sollten, so haben sie allen Grund dazu; denn, wenn die französische Regierung auf den Wegen, die sie betreten hat, bis zum Ende weitergeht und ihr eine verständige deutsche Regierung dieses Weitergehen ermöglicht, dann droht der deutsch-national-völkischen Bewegung binnen kürzester Zeit der totale Zusammenbruch. Bezüglich des innerpolitischen Programms erklärt der „Vorwärts“ befriedigt, dieses könne tatsächlich auch von sozialdemokratischen Ministern einer Koalitionsregierung ohne Bedenken unterschrieben werden. Alles zusammenfassend sagt das Blatt: Frankreich ist zu einer Politik der Demokratie bereit — Deutschland müsse es auch sein.“ — Im „Berliner Tageblatt“ heißt es u. a.: „In dem außenpolitischen Programm ist, abgesehen von den erheblichen Einwänden, die noch zu machen sind, manches, was auch von deutscher Seite als wichtiger Fortschritt zu begrüßen ist, so das ehrliche Bekenntnis zum Völkerbund, der Verzicht auf den französischen Widerstand gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, der Hinweis auf die künftige Militärkontrolle durch den Völkerbund und auf Handelsvertragsverhandlungen. Aber Herriot knüpft an die Räumung des rechtswidrig okkupierten Gebietes neue verzögernde Bedingungen, für die im Versailler Vertrag sowie im Dawes-Gutachten selbst keine Grundlage vorhanden ist.“

Breitscheid in Paris.

Paris, 18. Juni. Den heutigen Ruhetag des Parlamentes benützte Ministerpräsident Herriot, um eine Reihe von Besuchen zu empfangen. Außer Lord Parmoor hat der belgische Außenminister Hyman in Begleitung des belgischen Botschafters im Quai d'Orsay vorgeprochen. Herriot empfing sodann eine Abordnung des Exekutivausschusses der radikalen Partei, die ihm ihre Glückwünsche überbrachte. In Begleitung des Abg. Montet erschien im Präsidium auch der bekannte deutsche Sozialistenführer Breitscheid, der seit einiger Zeit in Paris weilte. Es wurde eine Aussprache, wahrscheinlich für heute nachmittag, verabredet. Der deutsche Botschafter am Quai d'Orsay, Herr von Hoch, gab seine Visitenkarte ab in Erwiderung des Besuches, dem Herriot vorgestern der deutschen Botschaft so wie auch allen übrigen ausländischen Vertretungen abgestattet hatte.

Schließlich konferierte Herriot mit dem französischen Botschafter in London, Grafen Saint-Aulaire, der morgen nach England zurückreist. Diese Aussprache und die zwischen Paris und London ausgetauschten Depeschen brachten die Festsetzung des Programms für den Londoner Aufenthalt Herriots.

Schließung des Völkerbundes.

Genf, 18. Juni. In der Schließung des Völkerbundes sagte Dr. Venes gestern abends u. a. folgendes: Wir haben eine Reihe sehr wichtiger Fragen erledigt. Es genügt an die Frage der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Oesterreichs und Magyariens und an die sehr wichtige Frage der militärischen Kontrolle zu erinnern. Dieses Werk, an dem der Völkerbund schon zwei Jahre arbeitet, ist in seinem Kern ein Werk des Friedens und der Versöhnung der Völker. In gleicher Weise wird auch, wie dies H. De Fovonvel treffend sagte, die Frage der militärischen Kontrolle behandelt, um so zu einer friedlichen Situation der gegenseitigen Beziehungen der großen und der kleinen Nationen Europas zu gelangen und einen neuen Weg für einige große Probleme der europäischen Politik vorzubereiten. Ich spreche nicht von anderen Fragen, wie von der Frage der Flüchtlinge, der Abrüstung, der Grenzen, der Minderheiten, welche der Völkerbundrat gleichfalls behandelt. Wir können zufrieden sein mit dieser Tagung.

Der französische Delegierte Leon Bourgeois dankte hierauf Minister Dr. Venes im Namen des Rates mit folgenden Worten: „Als ältestes Ratsmitglied drücke ich dem Herrn Präsidenten dieser Tagung meinen, oder besser unseren aufrichtigen Dank für die ungewöhnliche Schärfe seines Geistes aus, mit der er alle Fragen klarstellte und sie zu formulieren und ihre Erledigung anzudeuten verstand unter der äußersten Unparteilichkeit, mit der er die Prüfung aller dieser Angelegenheiten leitete. Mit diesen Eigenschaften war Dr. Venes uns ein wirkliches Beispiel und niemals, in keiner der vorhergehenden Tagungen beherrschte der Geist des Völkerbundes, von dem er soeben sprach, so unsere Gedanken, als in der Zeit seiner Präsidentschaft. Nehmen Sie — sagte Bourgeois zu Dr. Venes — hierfür allen unseren tiefen und herzlichen Dank entgegen.“ Nach dieser Rede erhob sich im Saale Beifall.

Hierauf wurde die Tagung des Völkerbundrates geschlossen.

Beisprüche der internationalen Arbeitstonferenz.

Genf, 18. Juni. Die internationale Arbeitstonferenz befaßte sich auch mit einigen Resolutionen, die dem Arbeitsamte unterbreitet wurden. Es sind dies: 1. Die Resolution Schürch (Schweizerischer Arbeiterdelegierter) über die Zusammenarbeit zwischen dem internationalen Arbeitsamte und dem Wirtschafts- und Finanzorganismus des Völkerbundes zur Prüfung der Maßnahmen zwecks Herbeiführung einer größeren Stabilität des Preisniveaus. 2. Die Resolution Sugi (japanischer Arbeiterdelegierter) über die Aufnahme der Frage der Gewerkschaftsfreiheit auf die Tagesordnung der Konferenz von 1925 und 3. Die Resolution Mannio (finnischer Regierungsdelegierter) betreffend Anordnung einer Untersuchung durch das Arbeitsamt über die in den verschiedenen Ländern geltenden Schlichtungs- und Schiedsgerichtsmethoden bei Konflikten.

Das neue litauische Kabinett.

Kowno, 17. Juni. Heute ist das neue litauische Kabinett gebildet worden. Ministerpräsident, Justizminister und Innenminister ist Tumenas, Außenminister Czernekis (ehemaliger litauischer Vertreter in London), Landesverteidigungsminister Oberst Daulantais, Verkehrsminister Major Slyszi. Alle anderen Portefeuilles bleiben wie bisher besetzt. Die Mitglieder der Regierung gehören der sozialistischen, der Volks- und der demokratischen Partei an.

Wahlen in Südafrika.

Kapstadt, 18. Juni. Bei den allgemeinen Wahlen sind nach dem bisherigen bekannten Ergebnisse 25 Südafrikaner, 18 Arbeiter, 12 Nationalisten und 1 Unabhängiger gewählt worden. Premierminister Smuts wurde in Pretoria-West durch einen Arbeiterkandidaten geschlagen.

Die Verführten.

Im ersten Berichte des Duxer über unsere Jugendtag waren dessen Teilnehmer bloß „Bürschchen“. („Ein Bürschchen wurde vom Platz getragen; ihm ist schlocht geworden.“) Bis zum Samstag war aus ihnen schon eine „deutscheschone, aber systematisch verführte Jugend“ und verführte deutschsprachige Jugend geworden. Nicht mehr auf die Bürschchen wird geschimpft, sondern bloß noch auf ihre Führer. Ein „Bürschchen“, der die Ausstellung des „Sozialistischen Jugendverbandes“ besuchte, ist entsetzt über die in ihr sichtbar gewordene Tätigkeit der sozialistischen Jugend und hat erkannt, daß an „uns vollstrebende Deutsche, die wir die Last der Verantwortung für unser Geschlecht fühlen“, durch diese Tätigkeit „der Aufruf und die Mahnung ergeht“, in diese verführten Reihen Aufklärung zu tragen, denn nicht das Tragen der auch in diesen Kreisen zur Mode gewordenen Wandervogeltröde bedeutet das Endziel der Volkserneuerung, sondern der Geist, der unter dem schlichten Kleide des vollstrebenden deutschen Wandervogels lebt und der auch in den Herzen dieser verführten deutschsprachigen Jugend schlummert und geweckt zu werden verdient.“

Wo geht hin und wendet! Aber welche n Geist? Den Geist, der in den ersten deutschen Wandervogeln lebendig war? Run, der „Geist“, der hollische Jünglinge zur Nordsee gegen Erzberger und Rathenau, gegen Kurt Eisner und Garais greifen ließ, der Geist der Warburger studentischen Arbeitermörder erfüllte, der „Geist“ der Unterjannentuchseligkeit und der stupiden nationalitätlichen Ueberheblichkeit war das nicht! Es war der Geist der Rebellion, der die jungen Leute erfüllte, die den „Anfang“ schrieben, jene tapfere, in der Geschichte der Jugendbewegung unübergelebte Zeitschrift, deren Blätter nun schon zu Seltenheiten geworden sind. Gegen die ihnen gebührende Autorität der Eltern und der Lehrer, der Erziehung und der Alten, der Kirche und des Obrigkeitstaates, gegen die von ihnen verlangte taufendfältige Unterwerfung unter tausend aufgeblasene Autoritäten empörten sie sich und Kampf gegen sie an, allem Ueberlieferen, allem gesellschaftlichen Götze der Erwoachsen, ihrem Vergnügungs- und Zerstreubetrieb, — nach eigenem Erkenne, nach eigener Verantwortung wollten sie ihr Leben gestalten. So schauten sie es auf dem hohen Meiner vor nun einem Jahrzehnt; so haben es die Rechten unter ihnen gehalten.

Was ist von diesem wahren Wandervogelgeist lebendig geblieben, ja was erwachte davon jedoch nur zu kümmerlichem Leben im judendeutschen Wandervogel? Nichts, gar nichts! Wohl tragen die judendeutschen Wandervogel das Kleid des Wandervogels früher als der junge Arbeiter; aber diese Wandervogel tragen das Gefüge gegen rote und Juden und Andersnationalen, sie tragen das „Erhardt-Lied“, sie sind keine Erneuerer, sie sind keine Revolutionäre, sie sind Alte im Kleide der Jugend, sie sind Anechtliche, auch wenn sie von „deutscher Freiheit“ schwärmen, denn sie verstehen darunter nichts anderes als die Freiheit, sich duden und beugen zu können, eigener Verantwortlichkeit enthoben zu sein. Nein, sie sind keine Revolutionäre, die judendeutschen Wandervogel, und darum ist das Kleid, das sie tragen, eine Falschmeldung. Wie war in Wahrheit das Kleid der Freiheit vereinbar mit Ludendorff-Anhimmelei und Kriegsbegeisterung?

Das unsere Jugend, daß die Arbeiterjugend kriegerischer ist, daß sie in den Generalen, ob sie nun Lindström sich nennen oder Ludendorff, keine Helden sieht, sondern Heuler, daß sie den Frieden will und die Völkervereinigung, — das wird ihr vom Berichterstatter des „Tag“ so sehr übel genommen. Das kann doch nur das Ergebnis böswilliger Verführung sein, daß Jugend nichts

von Krieg und Giftgasbeldentum wissen will! Das ist für den Schreiber des „Tag“ das Entsetzlichste, daß Kaiser und ihre Generale ausgepflegt waren als Mörder „von Gottes Gnaden“, daß bei den Bildern von Soldatengräbern gefragt wurde, für wen die Gemächten starben, daß über den Bildern kriegerischer Häuser zu lesen war: „Wollt Ihr, daß Handarbeit wieder so zerstört werden soll?“ — Welch eine „undeutsche“ Frage, da doch der Ludendorff-Deutsche mit Begeisterung zerstört, was Broten-Arbeit geschaffen, ja in diesen Arbeitswerken recht eigentlich nur Zerstörungsobjekte für den Krieg sieht!

Und wie „undeutsch“, für die Lehrlinge den Sechshunderttag zu fordern und die Befreiung der Meisterlehre! Gab es in der Zeit, für die jeder „Bürschchen“ schwärmt, gab es im Mittelalter etwa einen Sechshunderttag für die Lehrlinge? Und doch hatte das Handwerk einen goldenen Boden! Und wie kommen Lehrlinge überhaupt dazu, für sich so viel freie Zeit zu fordern, als wären sie deutschvölkische Studenten? Was wollen sie mit dieser vielen freien Zeit, da sie doch nicht ins Wirtshaus gehen? Sie wollen sie offenbar dazu bemühen, jene vergifteten Schriften des Juden Marx zu lesen, von deren unheilvollem Einflusse sich jeder „Bürschchen“ vorsichtig fernhält...

Verirrte Jugend! Welch eine Jugend, die auf Wunden hört und auf Lamsus, auf Bendell und Zoller, anstatt auf Arthur Dinter und Adolf Hitler! Aber das ist auch eine für die Salenkreuzer verlorene Jugend, weil sie zum Denken erwachte, zur Selbstverantwortung erzogene, zur Menschenschöpfung geführte, von hohen Gemeinschaftsidealen erfüllte Jugend ist, — weil in ihr wirklich etwas vom alten Wandervogelgeiste lebendig ist, von jenem jugendlichen Rebellentum. Aber nicht gegen die „Alten“ wendet sich ihr Trotz, sondern gegen die alte Gesellschaft. Nicht nur ihr Leben will sie nach neuen Grundfäden anders gestalten, als das der Alten war und ist, sondern die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens überhaupt will sie ändern. Und so „verführt“ und so „betört“ ist die Arbeiterjugend von diesen Ideen, daß sie taube Ohren hat für die Predigten derer, die die „Last der Verantwortung für unser Geschlecht“ fühlen, und aus lauter Verantwortungsgefühl für die Jugend sie aufs neue in der Giftgasföhnden wollen. Denn fühlen die „Bürschchen“ bloß die Verantwortung gegenüber einem Geschlecht, das sich vielleicht doch, wie sie fürchten, ihrem Wort und ihrem Gebote entziehen und den Weg zum Gegenpol des Nationalismus, zur Menschlichkeit finden könnte, so fühlen die sozialistischen jungen Arbeiter in ihrer ganzen furchtbaren Schwere, aber doch stolz und glücklich die Verantwortlichkeit des Lebenden und Schaffenden und Gestaltungsfähigen gegenüber der Menschheit, — und darum sind sie Sozialisten!

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Reichsmark 100 Kr.	Dollar 2.04.50
Frank 100	Schweiz. Frank 16.71.25
Reichsmark 1	Mark 124.000.000.00.00
Wien 1	österr. Kronen 2.100'00

Prager Kurze am 18. Juni.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1276'00	1.282'00
1' Billion. Mark!	8.04'00	8.24'00
100 holl. Frank!	160.75'00	162.25'00
100 schweiz. Frank!	602.25'00	605.25'00
1' Hund Sterling	148.80'00	148.20'00
100 Lire	148.92'00	150.12'50
1 Dollar	34.00'00	34.30'00
100 franz. Frank!	184.25'00	185.75'00
100 Dinar	40.50'00	41.00'00
10.000 ungar. Kronen	3.75'00	4.25'00
1.000.000 poln. Mark!	6.62'00	6.68'00
10.000 österr. Kronen	4.73'00	4.83'00

Der Benzinprozeß.

Prag, 18. Juni. Heute wurde im Benzinprozeß das Verhör der angeklagten Offiziere schon ziemlich geschäftsmäßig fortgesetzt. Es war immer dasselbe Lied: Entweder erklärten sich die Angeklagten überhaupt für gänzlich unschuldig oder sie gaben zwar zu, kleinere oder größere Geldbeträge von verschiedenen Seiten angenommen zu haben, beteuerten jedoch stets, daß sie sich durch diese Gelder nicht in geringsten zu irgend einer Pflichtverletzung hätten verleiten lassen. Das Interesse an der Verhandlung ließ dementsprechend auch ziemlich nach. — Dagegen erfuhr der Prozeß gegen Svatek und Genossen, der seit mehreren Tagen durch die ermüdende Verlesung von unzähligen Zeugenaussagen und Gutachten in vollständige Leihargie versunken war, heute eine Wiederbelebung, da das Beweisverfahren für abgeschlossen erklärt wurde und der Staatsanwalt Dr. Graba sein Plädoyer begann. Vorausschicklich dürfte es Montag abends bereits zur Urteilsfällung vor dem Zivilstrafgericht kommen, während sich der Prozeß vor dem Divisionsgericht wohl noch mehr als eine Woche hinausziehen wird.

Heute vormittags wurde zunächst der Kapitän Kuttelwascher verhört. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig fühle, erklärte er, daß sein Verhalten vielleicht unkorrekt, keinesfalls aber strafbar sei. Gefragt, ob er von Benoni 5000 Kronen erhalten habe, antwortete er: „Benoni hatte mir einmal 5000 Kronen in die Tasche. Ich wußte davon aber gar nichts. Er

flüster mir dabei nur das eine Wort, „Kolben“ zu. Ob aber diese 5000 Kronen tatsächlich von Kolben stammen, weiß ich bis heute nicht.“ Auf die Frage, wieso man ihm wohl diesen Betrag gegeben habe, antwortete er, das sollte vielleicht eine Belohnung dafür sein, daß der Firma kein Bösnale für die verspätete Lieferung auferlegt wurde. Er habe aber keinen Einfluß auf die Vergütung von Lieferungen gehabt, sondern das war Sache der Finanz- und kommerziellen Abteilung. Dann kommt die Rede auf die Lieferung vom Jänner 1923, deren Verlauf der Angeklagte ausführlich schildert. Es kamen hierbei die Firmen Rapphospol und Donat in Frage. Das Angebot des Donat wurde aber nicht berücksichtigt, da es unverbindlich war und seiner Meinung nach nur informativen Zwecken diene.

Weiters schildert der Angeklagte seinen Verkehr mit Kolben und einigen anderen an der Benzinaffäre beteiligten Personen. Bei Kolben war er nur zweimal und hat sich an keinen weiteren Konferenzen beteiligt. Als ihm der Vorsitzende vorhält, daß ihm Benoni 100.000 Kronen versprochen habe für den Fall, daß er den Militärdienst verlasse, antwortet er: „Mir hat niemand etwas versprochen, nur Otto Kolben hat einmal angedeutet, daß hiebei 50.000 Kronen herauskommen könnten.“

Hierauf wird der Einlagerungsvertrag, der im Februar 1923 mit der Rapphospol abgeschlossen wurde, besprochen. Kuttelwascher verwahrt sich dagegen, daß er hierbei unschuldig vorgegangen sei. Es habe sich hierbei nur um eine kurz befristete Aenderung der Ein-

lagerungsbedingungen gehandelt. Eine Verschlechterung des Benzins von fünf auf zehn Prozent sei nicht so arg und das Benzin war auch in dieser Qualität vollkommen brauchbar. Das Ministerium mußte damals Lagerraum für Benzin nehmen, wo er zu haben war.

Nun kommen die von ihm angenommenen Geldbeträge zur Sprache. Für die Mallieferung habe er von der Rapphospol im ganzen 50.000 Kronen bekommen, und zwar 25.000 Kronen durch Stufsa und ebensoviel durch die Vermittlung Benonis. Für den Einlagerungsvertrag habe er später von der Rapphospol ein Einlagebüchel auf den Namen Stefan mit 50.000 Kronen erhalten. Bei seiner Verhaftung wurden bei ihm 68.000 Kronen vor und 25.000 Kronen in Einlagebüchern gefunden. Er habe aus Rot gehandelt. Er hatte 1700 Kronen monatlich, während er vor zehn Jahren als Leutnant 200, also verhältnismäßig mehr gehabt habe. Seine Frau sei beständig krank gewesen und das hätte auch viel Geld gekostet. Was die ihm vorgeworfenen Kompetenzenüberschreitungen anlange, so seien solche im Ministerium gar nichts Ungewöhnliches. Ein Fachmann für den Einlagerungsvertrag habe überhaupt nicht existiert.

Hierauf wird

Kapitän Rottl

einvernommen, der mit leiser, fast unhörbarer Stimme seine Aussagen macht. Er erklärt: In dem Sinne, wie es die Anklage anführt, bin ich nicht schuldig. Ich habe meine Amtsgewalt nicht mißbraucht, doch gebe ich zu, ein Geschenk angenommen zu haben, das ich nicht hätte annehmen sollen. Er war Referent für Gummieinfuhr und hatte das Referat für Rapphospol übernommen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß er beschuldigt werde, dem Kolben Informationen über Lieferungen erteilt zu haben, erklärt er: Ich habe dem Kolben nichts gesagt, aber wenn ich gefragt worden wäre, so hätte ich es ihm gesagt, denn die Sache war kein Geheimnis.

Bors.: Sind Sie zu Kolben auf Besuch gegangen?

Angell.: Ja, Stufsa hat mich dort eingeführt, das war um Weihnachten 1922 herum. Kuttelwascher habe ich dort nie gesehen und Dostal auch nicht.

Stufsa kenne er von früher und der habe ihm erzählt, daß er seinen Posten verlassen werde, und daß eine neue Gesellschaft für Benzinlieferungen gegründet werden sollte. Da ich wenig Gage hatte und meine Stellung verbessern wollte, fragte ich ihn, ob er mir nicht einen Posten dabei reservieren könne. Doch sei dieses Versprechen, ihm eine Stelle zu verschaffen, keineswegs im Zusammenhang damit erfolgt, daß er auf die Lieferungen Einfluß nehmen solle, denn er war zu dieser Zeit überhaupt nicht in dieser Abteilung beschäftigt.

Der Vorsitzende geht nun auf die Beschuldigungen über, daß er die Nummer des Benzinmusters dem Ingenieur Malina verraten habe. Der Angeklagte bestreitet dies und behauptet überdies, daß diese Verzifferung nur zur Vereinfachung der Agenden eingeführt worden sei. Besondere Vorschriften darüber gebe es nicht.

Bors.: Malina behauptet aber, daß Sie die Nummer der Probe verraten hätten.

Angell.: Das ist nicht wahr. Malina ist übrigens ein Mensch, der nicht weiß was er sagt.

Bors.: Hat Ihnen Stufsa ausgerechnet, daß Ihnen Kolben 30.000 Kronen zu Bestechungszwecken geben will?

Angell.: Nein.

Bors.: Sie haben 5000 Kronen von Kolben bekommen.

Angell.: Ja und zwar in seiner Kanzlei. Kolben gab mir das in einem geschlossenen Kuvert. Daß Geld darin war, sagte er nicht und ich konnte es auch nicht wissen. Er hat mich nur, daß ich es aufheben sollte.

Bors.: Haben Sie noch andere Beträge bekommen?

Angell.: Ja, später brachte mir Malina Geld und sagte, daß es von Benoni sei. Es waren 15.000 Kronen und von Jouska bekam ich noch 20.000 Kronen.

Bors.: Also 40.000 Kronen zusammen? Das ist ein großes Kapital. Warum wurde Ihnen dieses Geld ausgezahlt? Und was haben Sie damit gemacht?

Angell.: Meine Frau war krank, dann wurde uns ein Kind geboren. Außerdem mußte ich meine Mutter, die nur 400 Kronen monatlich Pension hat, sowie meinen studierenden Bruder unterstützen.

Hierauf wird

Oberleutnant Rieger

vernommen. Er gibt an, nicht schuldig zu sein und nach seinem besten Wissen und Gewissen gehandelt zu haben. Hätte er anders gehandelt, dann wäre das gegen seine Vorschriften gewesen. Er schildert dann ausführlich, wie die chemische Untersuchung der eingefandenen Benzinmuster vorgenommen wurde. Die Anklage gegen ihn beruhe auf ganz falschen Informationen. Daß er von Malina größere Geldbeträge bekommen habe, stellt er mit aller Entschiedenheit in Abrede.

Als nächster wird

Major Prib

einvernommen, der als Stellvertreter des Vorstandes der Automobilabteilung im September

1923 eine Aenderung des Vertrages auf Lieferung von 50 Zisternen Flugbenzin rechts-widrig bewilligt haben soll. Auch er erklärte, er sei nicht schuldig und weist darauf hin, daß das seiner ganzen bisherigen Tätigkeit widersprechen würde. Er verweist ausführlich auf seine lange Tätigkeit in den Regionen, wobei ihn der Vorsitzende wiederholt ermahnen muß, sich kurz zu fassen. Nach dem Unsturz kam er nach Brünn und von dort im Jahre 1919 in die Autoabteilung des Ministeriums. Während des magyarschen Einfalls in die Slowakei war er mit der Leitung der Mobilisierungskasse der Autoabteilung, also mit einer sehr wichtigen Funktion betraut. Ueberhaupt sei die Autoabteilung in ihrer heutigen Form sein eigenes Werk.

Er schilderte nun seine Tätigkeit als Vertreter des Vorstandes der Autoabteilung, wo er zehn Referenten hatte, so daß er sich nicht an jedes einzelne Referat erinnern könne. Der Vorstand der Abteilung kann kein Unverständnis sein und noch weniger dann, wenn er bloß in Vertretung fungiert. Dann sind die Referenten da, daß sie sich in ihrer Materie genau einarbeiten.“

Als Vexier an diesem Tage wird

Oberleutnant Polorný

einvernommen, der mit der Uebernahme von Lieferungen an der Grenze in der Slowakei beschäftigt war. Er wird beschuldigt, er habe sich vor einigen Lieferanten zahlen lassen. Wenn man ihm gezahlt habe, dann habe er kein Schwierigkeiten bei der Uebernahme von Benzinlieferungen gemacht, sonst aber ja.

Er erklärt sich für nicht schuldig und gibt an, daß ihm seine Verletzung in die Slowakei gar nicht angenehm war, den er liebte dort tief zu reisen und konnte mit seinen Gehältern nicht auskommen. Er habe 30 Kronen täglich Diäten gehabt und hätte 20 Kronen für Wohnung und etwa 50 Kronen für Verpflegung ausgeben müssen. Da sei es nun unaufrichtig vorgekommen, daß, wenn er in Gesellschaft von Lieferanten speise und nachher dem Ober zahlen wollte, dieser ihm sagte, daß schon gezahlt sei. Er sah dann nichts Unehrenhaftes. Es sei öfter vorgekommen, daß abkommandierte Offiziere bei Lieferanten gespeist hätten. Das sei aber keineswegs regelmäßig geschehen und er habe niemals jemandem darum gebeten. Von Rejedy habe er nie einen Heller bekommen. Geld habe er überhaupt nie angenommen, das sein alles Märdchen.

Bors.: Der Junge Kotera gibt an, daß Sie ihm Schwierigkeiten machten, weil er nicht zahlen wollte.

Der Angeklagte erläutert diesen Fall ausführlich. Kotera sei eines Abends zu ihm gekommen und habe ihn gebeten, seine für den nächsten Morgen geplante Abreise zu verschieben und für ihn neun Zisternen Benzin zu übernehmen. Er konnte das aber nicht machen, denn er hatte hiezu vom Ministerium keinen Befehl, wie sonst in allen anderen Fällen. Doch habe er Kotera versprochen, sich telegraphische Weisungen einzuholen.

Ueber sein Vermögen befragt, gibt er an, daß es 12.000 Kronen betrage, die in zwei bei Gericht erliegenden Kassabüchern angelegt seien. Er sucht nachzuweisen, daß er sich dieses Geld in kleineren Beträgen nach und nach von seinem Monatsgehalt abgespart habe, der zuletzt 2000 Kronen betrug, da er für seine Frau Unterstützung bekam. Es sei traurig, daß er sich wegen dieser Gelder, die er sich mühsam von seinem Munde absparte, vor Gericht Rechenschaft geben müsse. Uebrigens hätte er einen ganzen Monat Zeit gehabt, und wenn er sich seiner Unschuld nicht bewußt gewesen wäre, dann hätte er diese beiden Kassabücher leicht verschwinden lassen können.

Hierauf wird die Verhandlung auf Freitag 19 Uhr vormittags vertagt.

Prag, 18. Juni. Der Prozeß gegen Svatek und Genossen nähert sich zusehends seinem Ende. Heute wurden noch einige Gutachten verlesen, worauf Oberfinanzrat Dr. Erben den dem Staate erwachsenen Schaden mit etwa drei Millionen Kronen bezifferte. Hierauf erklärte der Vorsitzende das Beweisverfahren für geschlossen.

Nun ergriff der Staatsanwalt das Wort zu seinem Plädoyer, in dem er ausführte, daß es Gottseidant selten sei, daß sich auf der Anklagebank so viele Menschen mit solcher Intelligenz befinden, als in dem vorliegenden Falle. Er suchte die Hauptursache dieses Prozesses in der Gier nach dem Mammon, die seit Kriegsausbruch eine ungeahnte Ausdehnung angenommen hat. Auch nach der Selbständigwerdung des tschechischen Volkes haben sich Leute gefunden, die ihre Pflichten gegenüber ihrem eigenen Staat vergaßen. Der Staatsanwalt beschuldigte sich nun weiter eingehend mit den Persönlichkeiten der einzelnen Angeklagten und mit den Delikten, deren sie beschuldigt werden. Das Beweisverfahren habe die Anklage nur bestätigt. Er gibt zu, daß die Gehalte insbesondere der Staatsbeamten schlecht sind, doch dürften sie immer noch nicht zu Verbrechen führen. Dann wendet er sich gegen den Vorwurf, daß die Anklage etwas verschwiegen oder vertuscht habe, und erklärt, er habe überall dort eingegriffen, wo er auch nur einen Schatten von Verdacht sah. Der Schwere sei zwar materiell nicht so groß, aber hier handle es sich um die nationale Verteidigung, das wichtigste Organ des Staates. Er beendet seine zweistündige Rede mit dem Antrage auf strenge Bestrafung aller Angeklagten im Sinne des Gesetzes.

Hierauf kommen noch zwei Verteidiger zu Worte.

Tages-Neuigkeiten.

Die Volkswehr soll zum „Umgang“ gehen.

Wien, 18. Juni. (Eigenbericht.) Die heutige Mitteilung der „Arbeiterzeitung“ über die Preisung der Wehrleute in Heimburg und Wiener-Neustadt zur Fronleichnamspzession haben in beiden Orten große Erregung verursacht. Der kommandierende Oberst wurde heute Vormittag vom Heeresministerium telephonisch angewiesen, den gefehrvolligen Befehl aufzuheben. Das geschah nicht. Darauf richtete der Parlamentskommissar Genosse Dr. Deutsch eine Beschwerde an den Minister und auf sein Verlangen wurde der Befehl vom Ministerium wiederholt und Befehls gegeben, daß nur Freiwillige auszurücken brauchen. In Wiener-Neustadt hat der dortige Oberst den Befehl gegeben, daß die gesamte Garnison sich an der Prozession zu beteiligen habe. Dieser Befehl rief große Erregung hervor. Dr. Deutsch begab sich in das Heeresamt und verlangte die Widerrufung dieses Befehls. Das Ministerium entsandte einen höheren Stabsoffizier zur Untersuchung nach Wiener-Neustadt. Der kommandierende Oberst war aber nicht auffindbar und der Adjutant erklärte, daß er diesen Befehl nicht zurücknehmen könne. Das Ministerium bestand jedoch auf der Durchführung des Befehls. Die Vertrauensmänner der Soldaten planen ein Plakat an die Bevölkerung ergeben zu lassen, um sie aufzufordern, ihren Unmut über diese Prozedur nicht an den Soldaten, die unschuldig sind, auswirken zu lassen.

Das ist was anderes!



— Was, du hast dir bei einem Juden einen Anzug machen lassen? Psiu!
 — Ja, aber ich bezahl' ihn nicht!
 — Ach so, das ist was anderes!

Katastrophen zu Wasser und zu Land.

Schweres Straßenbahnunglück in Herlohn: 15 Tote, 30 Schwerverletzte.

Herlohn, 17. Juni. Heute abend gegen halb acht Uhr versagte die Bremse der Straßenbahn auf der abschüssigen Büsingstraße in der „Obergrüne“ und raste gegen die Schlierische Kettenfabrik. Der Wagen wurde vollständig zerstört und m. Bisher wurden 15 Tote geborgen und 30 Schwerverletzte festgestellt.

Zusammenstoß zweier norwegischer Dampfer: 20 Personen ertranken.

Bergen, 17. Juni. Heute nachts stießen in West-Fjord in den Lokoten die beiden norwegischen Dampfer „Saalon Jarl“ und „Aönig Harald“ in dichtem Nebel zusammen. „Saalon Jarl“ ging unter, wobei 18-20 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder ertranken. Der zweite Dampfer wurde verhältnismäßig wenig beschädigt. Nähere Einzelheiten über das Unglück fehlen noch.

Tödliches Pflegerunglück bei Eger.

Eger, 18. Juni. In der Nähe von Oberfischön bei Eger hat sich gestern ein schwerer Pflegerunglück ereignet. Der Pilot Jabransky, der in früher Morgenstunden mit einem Doppeldecker in Begleitung eines Flughählers vom Egerer Flughafen aufgestiegen war, um einen Probeflug zu unternehmen, konnte in dem um diese Zeit herrschenden dichten Nebel beim Abstieg das Landungsgeräusch nicht überhören und es auch nicht mehr verhindern, daß der Apparat bei der Landung mit voller Wucht auf den Boden aufschlug. Dabei wurde das Untergestell des Flugzeuges zerstört und die beiden Pfleger wurden aus dem Apparat herausgeschleudert. Jabransky erlitt einen Wirbelbrüche der Halswirbelsäule; der Flughäher ist mit dem bloßen Schrecken davongekommen.

11 Arbeiter ertranken.

München, 18. Juni. (Wolff.) Bei einer Ueberfahrt über die Isar bei Unterföhring ver sank die den Verkehr verbindende Fähre, in der sich 16 Arbeiter befanden. Nur 5 Insassen konnten sich retten, die übrigen ertranken.

Unsere Hilfsaktion für die Kinder Deutschlands.

Vor mehr als einem halben Jahre haben unsere Kinderfreunde- und Turnerorganisationen bei ihren Mitgliedern mehrere tausend Pflegerstellen gesichert, in welchen notleidende deutsche Kinder für einige Monate liebevolle Aufnahme und Pflege finden sollten. Wir hofften damals, daß die armen Kleinen bereits zu Weihnachten bei uns sein würden, wurden aber durch die weitere Entwicklung grausam getäuscht. Zuerst dauerte es wochenlang, bis sich die tschechoslowakische Regierung bereit erklärte, die Einreise reichsdeutscher Kinder grundsätzlich zu gewähren; dann wurde trotz aller Bemühungen jede Fahrpreisermäßigung verweigert; schließlich, nachdem unsere Genossen aus eigener Kraft auch das Reisegeld aufgebracht hatten, ergibt sich nunmehr eine neue Schwierigkeit, die wie es scheint, unüberbrückbar ist. Die reichsdeutschen Behörden haben nämlich etwa 80 tschechoslowakischen Kindern aus dem Strehleiner Kreis die Ausreisegewilligung in die Tschechoslowakei verweigert. Darauf erklärt nun ihrerseits die tschechoslowakische Regierung, daß sie die Einreise der von uns eingeladenen reichsdeutschen Kinder nicht zulasse. Alle Bemühungen unserer Genossen, den Strehleiner Streitfall beizulegen, sind bis jetzt gescheitert und es besteht keine Hoffnung, daß die Verunsicherung in absehbarer Zeit liegen wird.

Exkursion der deutschen proletarischen Organisationen nach Aussig.

Der Besuch des „Houses der Arbeit“ auf der Ausstellung für Kultur und Wirtschaft in Aussig durch die Prager deutschen proletarischen Organisationen findet Sonntag, den 6. Juli statt. Anmeldungen bis 29. Juni sind zu richten an den Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Zmečlagasse 27.

Fabrikbrand in Tepliz.

Gestern Vormittag brach infolge Selbstentzündung von Leinwandstoffen in der Badfarbendfabrik Elbogen u. Wolf in der Weislichstraße in Tepliz ein Brand aus, der jedoch glücklicherweise keine größere Ausdehnung gewann. Es verbrannten lediglich die Vorräte und das Dach der Firnisgießerei. Der Schaden beträgt 30.000 Kronen. Die Teplizer Feuerwehr brachte zur Bewältigung des Brandes ein- einhalb Stunden.

Die Wiener Schulen.

Der Wiener Stadtschulrat Genosse Glöckel teilte in einer Sitzung des Stadtschulrates folgende Statistik über das Wiener Schulwesen mit: Es gebe in Wien gegenwärtig 390 öffentliche Volksschulen, 181 Bürgerschulen, 14 Sonderschulen und 14 tschechische Schulen. Die Zahl der Schüler überhaupt erlaube einen Rückgang im Vergleich zum vorigen Jahr. Es werden insgesamt 14.919 Schüler weniger gezählt. Die Zahl der Volksschüler ist von 103.373 auf 92.960, die der Bürgerschüler von 49.407 auf 47.087, die der tschechischen Schüler von 3408 auf 3195 zurückgegangen; nur die Zahl der Sonderschulen besuchenden Kinder hat sich erhöht, und zwar von 1850 auf 1967. Dementsprechend ist auch die Durchschnittszahl der eine Klasse besuchenden Schüler von 38 auf 29 in den Bürgerschulen von 31 auf 33 in den Volksschulen sowie von 37 auf 34 in den tschechischen Schulklassen gesunken. In 390 Wiener Volksschulklassen werden Anaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet. In Anabennittelschulen befinden sich gegenwärtig 1059 Mädchen. Die Zahl der Lehrpersonen ist ebenfalls um 520 auf 7380 aktive Lehrer zurückgegangen.

Ein Rehnjähriger ermordet eine Ahtjährige.

Wie die Blätter melden, ist in Rokenhof in der Nähe von Werden a. E. ein achtjähriges Schulmädchen von einem rehnjährigen Anaben, der mit dem Mädchen schon seit längerer Zeit in Streit gelegen war, ermordet worden. Der Junge überfiel das Mädchen am Ubedeich, schlug es solange, bis es zu Boden fiel und erzwangte es darauf mit dem Niemen ihres Rufsades. Er schleppte das Mädchen hierauf auf eine mit Schilf bewachsene Stelle. Der jugendliche Mörder ist einer Fürsorgeanstalt übergeben worden.

Nach dem Todesstrahl die „Lobrakete“.

Wie aus London gemeldet wird, hat man in England Versuche mit einer mit Flüssigkeit versehenen Brandrakete gemacht, die einen Regen von geschmolzenem Metall über ein Gelände von 8 bis 15 Kilometer im Umkreis verstreut. Die Versuche wurden bei dem Dorfe North Ferrby in der Grafschaft York ausgeführt. Der Erfinder Ernest Welch erklärt, daß das Plöhen der Rakete jedes Flugzeug vernichte und daß die Geschosse sogar Stahl und Asbest durchschlagen. Die Versuche wurden auf offenem Feld ausgeführt. Man verwendete winzige Raketen, da die Anwendung der großen Apparate die ganze Ortschaft vernichtet hätte. Nur wenigen Personen wurde der Zutritt gestattet. Die kleinen Raketen verbreiteten einen Feuerregen geschmolzenen Metalls über das Feld, der eine Vorstellung von der fürchterlichen Wirkung zu geben vermochte. Weitere Versuche in größerem Stil sollen in der nächsten Woche in Anwesenheit von Regierungsvertretern gemacht werden. Wie berichtet wird, „interessieren“ sich die Regierungen von England, Frankreich und Amerika für die Erfindung, und die Vereinigten Staaten haben bereits ein Erwerbsanerbieten an den Erfinder gerichtet.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe. Aus Eibersfeld wird gemeldet: Gestern morgens stieß ein von Essen kommender Sitzzug zwischen Rischlingshausen und Richardshausen auf eine Lokomotive mit Gepäckwagen. Diese sowie die Lokomotive und der Packwagen des Sitzzuges entgleisten. Drei Personen wurden schwer, acht leicht verletzt. Die Verletzten sind größtenteils Eisenbahner. Die Schwerverletzten sind in das Krankenhaus überführt worden. Der Materialschaden ist erheblich.

Absturz eines Wasserflugzeuges. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus dem Haag meldet, ist ein Wasserflugzeug der holländischen Marine in der Nähe der Insel Bierenge von ungefähr 1000 Meter Höhe in die Zuidsee abgestürzt. Der Führer und der Beobachter wurden schwer verletzt, konnten sich aber solange über Wasser halten, bis Hilfe kam.

Eine Kulturerrungenschaft. Den Berliner Abendblättern zufolge hat sich vor kurzem ein spanisch-deutsches Konsortium mit einem größeren Kapital gebildet, welches im Berliner Stadt von Stierkämpfe getreu dem spanischen Muster zu veranstalten beabsichtigt. Das Konsortium rechnet mit einer Steuergabe an die Stadt Berlin in der Höhe einer halben Million Goldmark. Im Falle der Bewilligung seitens der Behörden würden schon im Monat Juli die ersten Stierkämpfe im Berliner Stadion stattfinden.

10 Goldmark für eine „steuerliche Unbedenklichkeitsklärung“. Aus Berlin wird gemeldet: Gleichzeitig mit der Aufhebung der Ausreiseverordnung hat das Finanzministerium noch eine überraschende Verfügung erlassen, wonach ab 20. Juni für die Ausfertigung der steuerlichen Unbedenklichkeitsklärung für eine Ausreise, welche den Beamten beträchtliche Arbeit macht, eine Gebühr von 10 Goldmark zu erlegen ist.

Internationale Union für Straßenbahn- und Lokalverkehr. Dienstag wurde in Paris der 19. Kongreß der internationalen Union für Straßenbahn-, Lokalbahn- und städtischen Autobusverkehr unter Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten eröffnet. Vertreten sind 18 alliierte und neutrale Staaten darunter auch die Tschechoslowakei.

Rumänisches. In Bukarest wurde der Leutnant der rumänischen Armee Morarescu verhaftet. Er soll als Kommandant einer Grenztruppe nur solche Flüchtlinge aus Serbien aufzunehmen auf rumänisches Gebiet haben kommen lassen, die ihm dafür größere Geldsummen zu bezahlen instande waren. Diejenigen, die über die Bestechungssumme nicht verfügten, wurden auf Befehl Morarescus ermordet und in den Dnjeestr geworfen. Morarescu werden mehr als 3000 hauptächlich an Frauen, Frauen und Kindern begangene Morde zur Last gelegt. Der Verhaftete wurde nach Jassy gebracht, wo gegen ihn der Militärstaatsanwalt die Untersuchung führt. — In Fokschani (Rumänien) kam man auf einen Diebstahl, der nicht nur wegen seiner Höhe, sondern besonders deswegen Sensation erregt, weil der Chef der städtischen Sicherheitswache in der Angelegenheit mitverwickelt ist. In den Osterferien wurden dem Oberleutnant Dardala eine Reihe von Wertgegenständen und auch Bargeld im Betrage von vielen hunderttausend Lei gestohlen. Den Diebstahl hatte die Dienstmagd des Oberleutnants ausgeführt. Die Polizei wurde verständigt, gleichzeitig unternahm der Offizier selbst die Nachforschung, indem er seinen Burschen in die Umgebung von Fokschani ausschickte, um nach der Dienstmagd zu suchen. Tatsächlich wurde sie von dem Soldaten entdeckt und verhaftet. Die Täterin erklärte vor der Polizei, daß sie den Diebstahl im Einverständnis mit dem Kommandanten der Sicherheitswache begangen und daß sie die ganze Beute in dessen Wohnung gebracht habe. Der Kommandant wurde sofort verhaftet, und bei einer Hausdurchsuchung fand man auch einen großen Teil des entwendeten Gutes.

Die neuen Tarife bei der Prager Straßenbahn.

In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der elektrischen Unternehmungen von Groß-Prag wurde eine Neuregelung der Fahrpreise der Prager elektrischen Unternehmungen beschlossen; diesbezügliche Anträge werden Freitag in der Stadtratssitzung zur definitiven Genehmigung vorgelegt werden. Falls alle Vorbereitungen rechtzeitig getroffen sein werden, tritt der neue Tarif mit 1. Juli in Gültigkeit. Nach dem neuen Tarife verbleiben aber die bisherigen Tagesfahrpreise unverändert; es sollen nur die Karten zu 2 K, die in der Zeit von 9 Uhr abends bis halb 11 Uhr gelten, in Wegfall kommen. Die Karten zu 1.20 K werden demnach bis halb 11 Uhr nachts gelten. Von halb 11 Uhr nachts tritt der Nachtstarif mit 3 K in Kraft; Kinder, die bisher auch während dieser Zeit volle Fahrpreise, demnach 3 K entrichteten müssen, werden nach dem neuen Tarif 1 K bezahlen. Personen, die vor halb 11 Uhr die Fahrt antreten, können mit der 1.20 K-Karte bis an das Ende der Strecke fahren; bisher mußten sie eine Zuschlagskarte lösen. Ebenso können Passagiere, die Umsteigekarten zu 1.20 K bis halb 11 Uhr nachts lösen, ohne Zuschlag bis 11 Uhr nachts fahren. Weiter sollen für Beamte und Personen mit monatlichen Bezügen Wochenblocks mit Karten zu 1.20 K eingeführt werden, so daß für diese das jedesmalige Lösen der Karte entfällt; ein pekuniärer Vorteil ist somit damit nicht verbunden. Für Arbeiter bleibt der bisherige Tarif von 1.20 für die Hin- und Rückfahrt in Kraft. Eigentümer von Monatsabonnementskarten zu 120 K und 180 K können Nachtwagen gegen Zuschlag von 1 K benutzen.

Haubtverfall auf ein Auto.

Aus Gleiwitz wird über einen Bankrottbericht, der dem Automobilverbrechen ähnelt, das vor einigen Jahren bei St. Egidien verübt worden ist. In der Nacht

zum 29. Mai fuhr ein Personauto die Straße Gleiwitz-Rieserstädt entlang, als plötzlich ein Signal ihm Halt gebot. Quer über die Straße war ein zwölf Meter langes Drahtseil gespannt von der Art, wie es bei Eisenbahnsignaleinrichtungen verwendet wird. Das Seil war beiderseits an Bäumen befestigt und in der Mitte des Seiles waren in je einem halben Meter Entfernung drei Torschalter angebracht. Die Räuber mußten doch nicht so grausam gewesen sein, um einen tödlichen Unfall herbeizuführen zu wollen, indem das Seil die Insassen des Autos strangulierte hätte; es genügte ihnen, daß das Auto halten mußte. Gleich darauf standen etwa acht bis neun Personen, die durchwegs mit Selbstladepistolen ausgerüstet waren, rings um das Auto. Während einige die Läufe der Pistolen auf die Insassen richteten, plünderten die anderen die drei Fahrgäste aus.

Witterungsübersicht vom 18. Juni. Die Niederschläge ergaben in Böhmen nur geringe Werte. Aus Mähren meldet Olmütz 59 Millimeter, in der Slowakei hatte Rajede Teplice 10 Millimeter. Mittwoch herrschte in Böhmen wieder heiteres Wetter vor. Im Osten fällt noch stellenweise Regen. In Westeuropa ist starke Erwärmung eingetreten. Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Neigung zu Gewittern, warm, näßig.

Millionärsöhne als Mörder.

Aus New York wird berichtet: Zu der mysteriösen Ermordung des 19jährigen Gymnasialisten Robert Frank, Sohn eines Millionärs in Chicago, der von zwei 19jährigen Universitätsstudenten, Nathan Leopold und Richard Loeb, gleichfalls Söhnen von Chicagoer Millionären, begangen wurde. Liegen nunmehr weitere, das Dunkel dieses Falles noch mehr verdüsternde Einzelheiten und Ergänzungen vor. Nach den Erhebungen der Chicagoer Polizei gaben sich die beiden jugendlichen Mörder, die bei ihren Eltern wohnten und über die reichsten Geldmittel verfügten, tagsüber mit dem größten Eifer und erstaunlicher Begabung ihren Studien hin und erzielten die glänzendsten Erfolge in ihren Fächern. Die Behörden stellten aber auch fest, daß die beiden Jünglinge in ihrer freien Zeit, in den Abendstunden, ein ausgelassenes und in seiner Art einziges verbrecherisches Dasein führten.

Es meldeten sich, nachdem der Mordfall an dem kleinen Frank in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, ein Taxivagenchauffeur, namens Charles Ream, der mitteilte, daß er im November vorigen Jahres, in dem nach dem Geständnisse der beiden Mörder sie den Plan gefaßt hatten, Morde zu begehen, um die damit verbundenen Sensationen durchzuführen und ihre Intelligenz gegen jene der Behörden auszuspielen, in ähnlicher Weise wie der junge Frank, von zwei jungen Männern in einem Auto entführt und verflümmelt wurde. Diese Anzeigen sowie die mittlerweile im Zimmer von Loeb gefundenen zwei Revolver führten die Polizei auf die Vermutung, daß einige andere, bisher unaufgeklärte Mordanschläge und Morde an jungen Studenten der letzten Zeit gleichfalls von den jungen Leuten begangen worden waren. An den Folgen eines solchen Ueberfalles durch Ausführung mit einem Taxifahrer starb vor einiger Zeit in Chicago ein junger Student namens Freeman Louis Tracy, der in genau derselben Art wie der Chauffeur Ream von den Ueberfallenen verflümmelt worden war. Als Leopold und Loeb durch einen Korridor des Gefängnisses zum Staatsanwalt geführt wurden, ließen die Polizeibeamten den Chauffeur Ream im Korridor stehen, der von der Vorführung der Gefangenen nichts wußte, und als er ihrer ansichtig wurde, schrie er totenbleich: „Das sind sie, das sind sie, die mich überfallen haben!“ Als man die beiden Burschen über die Anklage befragte, lehnten sie ab, darauf zu antworten, ehe sie sich nicht darüber mit ihrem Anwalt besprochen hätten.

Ueber die näheren Einzelheiten des Ueberfalles einvernommen, erklärte der Chauffeur Ream, daß er am 22. November nachts seinen Wagen an seine Garage abgeliefert hatte und zu Fuß in seine in der Nähe der Universitäts gelegene Wohnung ging. Plötzlich sah er ein großes Automobil vor sich halten, aus dem zwei Männer sprangen, Revolver auf ihn richteten und ihm befahlen, die Hände hoch zu heben, welchem Befehle er entsetzt entsprach. Sodann stiegen ihn die Männer in den Wagen, und einer von ihnen schlug ihm ein in Chloroform getauchtes Tuch um das Gesicht. Was dann mit ihm geschah, weiß er nicht. Drei Stunden später, als er die Bestimmung wieder erlangte, lag er in einer vollkommen menschenleeren Gegend und sah, daß er verflümmelt worden war. Drei Tage nachher wurde der junge früher erwähnte Student Tracy, als er aus einem Straßenbahnwagen stieg, um sich von einer Tanzunterhaltung nach Hause zu begeben, von zwei jungen Männern in einem großen Auto angesprochen, die sich erbötig machten, wie dies nicht selten in Amerika geschieht, ihn ein Stück seines Weges weiterzuführen. Bald darnach wurde die verflümmelte Leiche des Studenten auf der Straße gefunden. Er war mittels eines Revolverschusses in den Kopf getötet worden. In der Tasche des Ermordeten fand man seine wertvolle Uhr, und auch sonst ließ nichts auf ein Raubattentat schließen. Der Chef des Detektivbureaus, Mr. Hughes, schloß damals, daß das Attentat auf Ream und dieser Mord von denselben Leuten dürfte begangen worden sein.

Noch früher hatte man unter einem Steinhäuser am Michigansee in Evanston bei Chicago das Skelett eines Studenten an einer nordwestlichen Universitäts gefunden, und es ist nicht unmöglich, daß auch dieser Mord der Mordserie zugezählt werden muß, die, wie es scheint, auf das Konto der beiden Millionärsöhne zu setzen ist, die nach einer Bemerkung des Chefdetektivs Hughes die seltsamsten und unverständlichsten Verbrechernaturen zu sein scheinen, denen er in seiner langen und erfahrungreichen Laufbahn als Kriminalbeamter begegnete.

Sport und Sinnenbildung.

Jahrhunderte lang hat die Menschheit unter dem Banne der alten Anschauung gestanden, daß nur die Seele, der Geist der Aufmerksamkeit, der Pflege wert seien. Lange genug hat man dem düsteren Schlagwort „memento mori“, gedente des Todes, das natürlich an sich keine Verechtigung hat, einseitig Bedeutung zugemessen und jenes ebenso wichtige „memento vivere“, gedente des Lebens, dabei nicht genügend beachtet. Es galt als edel, als recht, geistige Verwollkommnung zu erringen, der Wissenschaftler zu pflegen, sich logisch zu schämen, sich in Büchern zu vergraben, und darüber vergaß man gar oft des anderen Teils des Menschen, des Körpers. Er galt vielen nur als die verachtenswerte, wohl gar zu lastende Hülle der Seele, Fessel des Geistes. Das war aber eine Verirrung, von der man sich in den letzten Jahrzehnten zum Glück immer mehr befreit hat. Harmonisches Menschentum ist unser Erziehungsziel, was doch Ausbildung aller menschlichen Glieder und Anlagen verlangt. Wir wollen nicht den einen Teil des Menschen gegen den anderen ausspielen, nicht hochmütig den einen gegen den anderen hervorheben, sondern Leib und Seele, Körper und Geist als das ansehen und pflegen, was es ist, eine Einheit.

Trotz der Erkenntnis dieses Ideals sind wir in der Wirklichkeit auch heute noch weit davon entfernt, es im Leben wahr zu machen. Noch immer wird auch heute mit der geistigen Bildung ein zu ausgeprägter Kultus getrieben, während die wichtige Jucht des Lebens vernachlässigt wird. Ganz besonders betarnt, verkümmern die Sinne in unseren Tagen. Sie haben bei weitem nicht die Kraft und Schärfe, die sie in der Anlage von der Natur mitbekommen, wie z. B. wilde Völker sie heute noch besitzen. Unsere Zivilisation ist echter, harmonischer Menschheitskultur gerade zum Verderben geworden. Denken wir nur allein an das Auge. Wie viele bebrillte Menschen laufen heute unter uns herum, und wie viele, die zwar kein Glas brauchen, können doch nicht sehen, weil ihr Auge unter den Eindrücken des modernen Lebens seine Reaktivität, seine Unbefangtheit, seine leichte Empfänglichkeit und Schärfe verloren hat. Von den vielen Erscheinungen, die im Tageslicht aufstehen, nehmen wir oft nur einen winzigen Bruchteil wahr, weil wir viel zu sehr gedanklich eingestellt sind, weil wir uns des genauen Sinesens entwöhnt haben, weil wir eigentlich nur das anbliden, was uns aus einem besonderen Grunde gerade interessiert. Aber auch wenn wir wollen, können wir nicht gut sehen. Unser Auge ist als vor der Zeit geworden. Da sündigt schon die Schule an dem jungen Menschen, indem sie ihn ins Zimmer bannt, indem sie ihn an Buch und Best fesselt. Da ist der Beruf, der uns wieder unbarmerzig in den geschlossenen Räumen festbannt. Da kommt das Leben in den großen Städten hinzu, die mit ihren Häusermauern den Blick einengen, da kommt die Feierabendbeschäftigung, wieder in den geschlossenen Gesellschaftsräumen oder in der heimischen Wohnstube. Bei diesem Leben vegetiert der ganze Sinnenmensch nur hin, da bilden sich die natürlichen Anlagen nicht aus, sondern zurück, da verlernt der Mensch vor allem seine schöne Kunst, das Sehen.

Ein reiches Sinnenleben ist aber für Menschenglück und Lebensstärkung fast unerlässlich. Die Sinne sind die eigentlichen Tore der Erkenntnis, durch sie sind wir ins Innere, einen reichen Schatz von allerlei Vorstellungen zu erwerben, die wir zum Aufbau unseres Geistes- und Seelenlebens brauchen. Sinnenstärke ist auch zugleich Gesundheit, diese wieder gebiert ein Kraftgefühl und Lebensfreudigkeit. Je leichter und reicher alle Sinne tätig sind, umso mehr lebt der Mensch auf, umso freudiger und mannigfaltiger genießt er das Dasein, ähnlich wie eine Flamme auslodert, wenn ihr neuer Sauerstoff zugeführt wird.

Es gibt Berufe, die dem Sinnenleben reiche Nahrung geben, wie z. B. der des Landmannes, des Gärtners, des Jägers. Auch wer ein Gärtchen sein eigen nennt, wird bald erkennen, wie die Arbeit darin seinen lieblichen Menschen aufleben läßt, wie nach dem langen Stübchenwinter dabei das Auge wieder in die Weite sehen lernt. Wer aber durch Beruf und Umstände doch an die Enge der Stuben gefesselt blieb, hat erst recht allen Anlaß, auch dem Teil seines Menschen gerecht zu werden, der im ewigen Einerlei des Alltags völlig zu verkümmern drohte, und das wird in der Regel der Sinnenmensch in uns sein. Es gibt kein besseres Mittel zu seiner Pflege, als es draußen das Leben in der freien Natur ist. Schon ein Gang ins freie Land, möglichst täglich wiederholt, wird Wunder tun. Freilich auch dabei läßt sich nur zu leicht sinnieren, träumen, da nimmt die Seele zu oft allen Ballast, allen kleinlichen Kram des Alltags hinaus, so daß wir um den reichsten Gewinn doch betrogen werden können. Ein besseres und wohlfeiles Mittel, die Kultur der Sinne zu fördern, ist daher doch jede Art von Sport.

Er hat zunächst wie ein Spaziergang auch das Gute für sich, daß er den Menschen aus den Stuben und Straßen hinaus vor die Tore der Stadt führt. Dabeiin hätte das Auge zwar auch so vielerlei sehen können, aber das alltägliche Bild lockt nicht mehr; dazu war der Kopf angefüllt mit allerlei Gedanken, Plänen, Sorgen, das eigentlich nur der Geist im Körper lebte, die Sinne aber schliefen. Ich denke an den Großstädter. Fastig schreitet er die Straße entlang. Neben ihm laufen die Elektrischen, rollen die schweren Wagen, rasselnd die Maschinen, ähzen die Feilen. Das sind zwar Geräusche genug, aber sie stumpfen ab, sie quälen den Sinn. Wie anders draußen, wo das Land-

chaftsbild neu auftaucht, wo tausend einzelne Reize aufs neue loden und den Sinn tausendfältig anregen zu schauen, zu hören, zu fühlen. Da blinzt das Auge, froh des ungewohnten Bildes, ungehindert in die endlose Ferne, da lernt es tatsächlich wieder das ursprüngliche Sehen, da wird der Mensch in diesem Gemüße froh und möchte mit dem Dichter ausrufen: Trinkt, ihr Augen, was die Wimper hält, von dem goldenen Ueberfluß der Welt! Ein besonderer Vorzug des Sportes beruht darin, daß er den Menschen keine Zeit zum Träumen und Grübeln läßt. Er setzt ihm ja fortwährend ein besonderes Ziel, stellt ihm immer neue Aufgaben und zwar meist solche, die nur durch die Sinne gelöst werden können. Dabei lebt eben der Teil des Menschen gründlich auf, der sonst im Alltagssein eigentlich absterben müßte. Zu übersehen ist in diesem Zusammenhange auch nicht, daß der Sport in ganz besonderem Maße, und das ist ja sein Hauptzweck, den ganzen Menschen, aber auch wohl in jeglicher Beziehung heilt, kräftigt, gesundet. Dadurch werden indirekt aber auch wieder die Sinne gefördert; denn es ist doch wohl natürlich, daß jedes einzelne Organ besser gedeiht, seine Aufgabe mehr erfüllen kann, wenn er das Glied eines gesunden, starken Menschen ist. Das geht ja schon aus dem engen Zusammenhange zwischen Leib und Seele, dem ganzen Menschen und seinen Gliedern hervor.

Je mehr die Zivilisation fortschreitet, je mehr sich in ihrem Erfolge eine Faltskultur breit macht, umso mehr wird die Gesundheit, die Kraft des Menschen gefährdet sein, nicht zum wenigsten aber die der Sinne. Es gibt mancherlei Heilmittel dagegen, wie z. B. eine naturgemäße Lebensweise in Nahrung, Kleidung, Wohnung, edle Erholung, Jucht der Gedanken und des Willens. Das alles tut seine guten Dienste, aber nichts dürfte so wohlwollig, und vor allem so vielseitig beeinflussen wie der Sport, der auch in dieser Beziehung zu einem Segensborn des Menschen wird.

F. P o h e.

Volkswirtschaft.

Wie soll der Arbeiter seine Freizeit nutzen?

Die Nutzung der Freizeit der Arbeiter wird eine der Angelegenheiten sein, die auf der bereits eröffneten nächsten Internationalen Arbeiterkonferenz zur Verhandlung kommen.

Es ist nicht etwa beabsichtigt, den Arbeitern vorschreiben zu wollen, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollen. Aber es ist doch begrüßenswert, daß sich Sozialpolitiker aus aller Welt mit dieser Frage befassen. Es gilt zum Beispiel, den Arbeitern den Genuß ihrer Freizeit zu sichern, indem Nebenbeschäftigung gegen Lohn vermieden wird. Um Gelegenheiten zu sinnvoller Nutzung der Aufsestunden zu geben, muß auch eine Einteilung des Arbeitstages gewährleistet sein, die verbietet, daß die Arbeitszeit durch eingeschaltete Unterbrechungen auf einen zu langen Zeitraum erstreckt und damit die ununterbrochene Ruhe ungenügend verläßt wird. Ebenso hängt die Möglichkeit vernünftiger Verwendung der freien Zeit enge mit den Wohnverhältnissen der Arbeiter zusammen. Wenn das Wohnen in nicht dicht bebauten Vororten der Städte gefördert wird, so wird damit zugleich mehr Gelegenheit gegeben, die Freizeit zu arbeiten in Haus und Garten und zu Bewegung in frischer Luft zu nutzen, andererseits wird die Gelegenheit zum Wirtschaftsbefuch vermindert, selbst wenn die Neigung dazu bestünde. Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Verlängerung der Aufsestunden keineswegs zu vermehrtem Wirtschaftsbefuch führt. Im Gegenteil. Es ist nachgewiesen worden, daß dort, wo der Arbeitstag verkürzt wurde, die Fälle von Trunksucht abgenommen haben. Uebermäßiges Trinken ist häufig die Folge von Uebermüdung, denn der von der anhaltenden Anstrengung an langen Arbeitstagen ermüdete Arbeiter gerät in Gefahr, beim Verlassen der Arbeitsstätte im Wirtschaftsauffrischung und Erholung zu suchen. Zum Beispiel in Frankfurt wurde festgestellt, daß die durch die Verabreichung der Arbeitszeit von den Arbeitern gewonnenen Stunden nicht dem Trank gewidmet werden. Diesbezügliche Erklärungen des französischen Arbeitsministers stützen sich auf eine Erhebung über den Alkoholismus unter der arbeitenden Bevölkerung. Aus den gesammelten Unterlagen und aus den Erklärungen der Vertreter von Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, von Sekretären von gewerkschaftlichen Schiedsgerichten und Vertretern anderer Institute geht deutlich hervor, daß die neue Regelung nicht nur keinerlei Vermehrung der Trunksucht hervorgerufen hat, sondern daß sie im Gegenteil eine der wichtigsten Ursachen für den durch die Statistik bestätigten deutlichen Rückgang der Trunksucht gewesen ist.

Seit 1919 wurden in verschiedenen Staaten die Einrichtungen zur Nutzung der Freizeit ausgebaut. Sowohl Behörden wie private Vereinigungen, als auch Unternehmer und Arbeiter selbst, haben manches in dieser Beziehung geleistet. Das Internationale Arbeitsamt hat die gewonnenen Erfahrungen gesammelt und damit die nötigen Unterlagen für die Verhandlungen der Konferenz geschaffen.

Ueber den Arbeitsmarkt im ersten Vierteljahr 1924 veröffentlicht das Statistische Staatsamt Daten in der soeben erschienenen Nummer 45 seiner „Mitteilungen“. Die Anzahl der Arbeitslosen, welche Ende Jänner 1924, 105 und Ende Februar 1925, 872 betrug, sank Ende März auf 180.002 Personen, d. i. gegenüber Februar um 15.870 Personen. Verfolgen wir die Entwick-

lungslinie der Arbeitslosigkeit vom Jänner 1923 an, so nehmen wir für diese ganze Zeit eine sinkende Tendenz wahr, welche bezeugt, daß sich unsere wirtschaftliche Lage nach der großen Depression im Dezember 1922 und Jänner 1923 allmählich bessert. Die verhältnismäßig unbedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit im Dezember 1923, im Jänner und Februar 1924 erklärt sich durch die Winterzeit. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen entfallen am Ende der einzelnen Monate des ersten Vierteljahres 1924 auf die bedeutendsten Industriezweige wie folgt: 23.488, 21.136, 17.235 auf die Textilindustrie; 18.162, 17.973, 16.926 auf die Metallindustrie; 10.638, 10.113, 8773 auf die Glasindustrie und 19.087, 19.860, 20.898 Personen auf das Baugewerbe. Die Anzahl der offenen Stellen, welche im Dezember 7718 betrug, zeigt im ersten Vierteljahr 1924 eine steigende Tendenz (8665, 10.166, 14.911), und zwar im März gegenüber Jänner um 72.1 Prozent und gegenüber Dezember v. J. um 93.3 Prozent. Mit der Abnahme der Anzahl der Arbeitslosen sinkt parallel auch die Anzahl der durch den Staat Unterstützten (77.524, 76.901, 73.627).

Die Bezirkskrankenkasse Grulich verendet soeben ihren Jahresbericht für 1923. Dieses Jahr stand, wie der Bericht schreibt, im Zeichen der allgemeinen Krise. Durch den Lohnabfall haben die Krankenkassen gewaltig gelitten, durch die Verschiebung der Versicherten in niedrigere Lohnklassen wurden die Einnahmen verringert. Deswegen mußte auch im vergangenen Jahr der Reservefond angegriffen werden. Die Einnahmen aus den Beiträgen betragen über eine Million Kronen, was gegenüber dem Vorjahre einen Abgang von mehr als 300.000 Kronen bedeutet. An Krankengeld wurden allein fast 450.000 Kronen ausgegeben, die Netzkosten weisen 176.000 Kronen auf, die Medikamentenkosten 85.000 Kronen, die Spitalskosten 68.000 Kronen, Wöchnerinnenfürsorge 64.000 Kronen. Der Mitgliedsbeitrag betrug über 4000. Bedeutende Erfolge hat die Kasse in der Tuberkulosenheilbehandlung erzielt. Es ist gelungen, die Verbreitung dieser Seuche unter der Arbeiterschaft bedeutend einzudämmen.

Die Schludener Sparkasse. Dienstag sprach eine Abordnung des Verbandes der Einleger der Schludener Sparkasse, die Herren Weber und Dr. Heuge unter Führung der Abgeordneten Bobel, Rafita, Kranz und Schweichhart beim Finanzminister und dem Minister des Innern vor, um die Ansichten dieser beiden Ministerien über die Sanierung dieses wichtigen Geldinstitutes zu hören. Hierbei wurde von dem Minister des Innern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Sanierung der Schludener Sparkasse aber auch der meisten anderen Sparkassen unig mit der Einlösung der Kriegsanleihe zusammenhängt. Die Vorlage eines solchen Gesetzentwurfes sei fertiggestellt und es hängt lediglich von den politischen Verhältnissen ab, wenn sie im Abgeordnetenhause eingebracht wird. Die Regierung sieht ein, daß etwas geschehen müsse, weil durch den jetzigen Zustand nicht allein in Schludena, sondern überall ein unhaltbarer Zustand geschaffen wird. Sollte die Einlösung der Kriegsanleihe nicht ehestens eintreten, verlangen die Schuldennehmer einen sofortigen wirksamen Schutz und Hilfe der bedürftigen Einleger deren wirtschaftliche Lage die denkbar trostloseste ist.

Der Vertrag mit Oesterreich betreffend Ausgleichung ausländischer Forderungen. Das Fisk. Präsidium meldet: Am 18. Juni d. J. wurde im Finanzministerium der Vertrag mit Oesterreich über die Ausgleichung der Verbindlichkeiten in österreichisch-ungarischen Kronen, die bis 26. Februar 1919 entstanden sind, unterzeichnet.

Gerichtssaal.

Freispruch eines Mieters.

Ein unglücklich ausgegangener Streit zwischen dem Hausherrn Hahnel und dem Mieter Richter in Brüz hatte nun ein gerichtliches Nachspiel zur Folge. Am 22. März des heurigen Jahres kam es zwischen dem Hausherrn Hahnel in der Stern-gasse in Brüz und einem im Hause wohnenden Dachdecker Richter zu einem Streite, in dessen Verlaufe der Hausherr Richters Wohnung betrat und dort die Frau des Mieters zur Rede stellte, warum sie behauptet habe, der Hausherr habe gedroht, ihr den Hals abzuschneiden. Frau Richter sagte aus, daß sie in ihrer Wohnung vom Hausherrn Hahnel gegen die Brust gestoßen wurde, so daß sie in Ohnmacht fiel. Als sie wieder zu sich kam, sah sie nur was insofern gegeben war: Hahnel lag in einer großen Blutlache neben der Tür. Der herbeigeeilte Siederbeitwachemeister Sabertthal, der nach der Tat die Wohnung betrat, fragte Richter, was er getan habe. Darauf erwiderte Richter, er wisse es nicht. Später erzählte Richter dem Wache-meister den ganzen Vorgang des Streites. Als seine Frau zusammengeführt sei, war Richter der Meinung, sie sei tot. In dieser Aufregung wußte er nicht was er tat. Er ergriff eine Gade und schlug mit ihr herum, ohne daß er Hahnel gesehen hätte. Richter wurde damals sofort dem Gericht eingeliefert, während Hahnel schwer verletzt ins Spital geschafft wurde, wo er auch seinen Verletzungen erlag. Bei der gerichtlichen Lohnbeschau wurde festgestellt, daß mehrere Verletzungen am Kopfe und die Peritrimierung der Schlüsselknochen zu verzeichnen waren.

Bei der am Dienstag vor dem Brüger Schwurgericht durchgeführten Verhandlung bestand Richter auf den in der Anklagechrift niedergelegten Behauptungen. Alle Zeugen, mit Ausnahme der Frau Hahnel, sowie alle schriftlich eingeholten Erklärungen stellten fest, daß Hahnel ein unber-

trägliches Hausherr war, der seine Parteien solange schikanierte, bis sie es vorzogen, die Wohnung zu räumen. Dies hatte er auch mit einem 70 Jahre alten Mann, namens Fleichmann, getan. Die Geschworenen erklärten, mit 9 gegen 3 Stimmen, daß Richter die Tat nur infolge Sinnesverwirrung begangen habe. Daraufhin fällt das Gericht einen Freispruch, was bei den Zuhörern einen Beifallssturm auslöste. Richter wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Diese Tragödie zeigt, wohin die mäßigen Wohnungsverhältnisse führen. Wenn eine fittliche Verwahrlosung eintritt, dann trifft die ganze Schuld den Staat, der nicht genügend neue Wohnungen schafft.

Kunst und Wissen.

Opernübertragung durch Fernsprecher. Dem Reichspostministerium (Abteilung München) ist es durch eine Erfindung gelungen, das Problem der Opernübertragung durch Fernsprecher nunmehr einwandfrei zu lösen. Im Münchener Nationaltheater wurde zum ersten Male eine elektrische Opernaufnahme großen Stils mit rund 100 auf Orchester und Bühne verteilte Mikrophone durchgeführt, welche die Stimmen der Sänger und der Instrumente aufnahmen. Die Töne werden dann auf dem Fernsprecher weitergeleitet. Die Uebermittlung erfolgt nach einem neuen Schaltungsprinzip in der Weise, daß jedem Teilnehmer des öffentlichen Fernsprechnetzes durch eine einfache Zusatzeinrichtung die Möglichkeit gegeben werden kann, die Opern anzuhören. Bei Anruf des Teilnehmers wird der Anschluß an die Oper automatisch unterbrochen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstags „Peer Gynt“ (Beginn 7 Uhr); morgen Freitag Gastspiel Bühner „Gretchen“ (Beginn sieben Uhr); Samstag „Elektra“; Sonntag nachmittags „Tiefeland“, abends „Der ledige Schwiegersohn“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstags „Der Fürst von Pappenheim“; Freitag „Der Reiter aus Dingsda“; Samstag „Das Kamel geht durch das Nabelloch“; Sonntag abends „Die Sache mit Lola“.

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 12 vom 15. Juni 1924 hat folgenden Inhalt: Aufruf zum 2. Internationalen Genossenschaftstag. — Gemeinde- und Genossenschaften. Von B.-m. — Konsumvereine und Alkoholhandel. Von Hans Witti (Prag). Staatliche Zusammenstellung zum gleichen Thema. Von Abg. Dr. Arthur Solitscher (Pirkeshammer). — Zur genossenschaftlichen Propaganda. Von Max Schwantner (Lachau). — „Hamajshir Limited“, Jüdische Arbeiter-Genossenschaft in Palästina. Von Ing. R. Sternberg (Berlin). — Karl Renner über die österreichische Arbeiterbank. — Aus der genossenschaftlichen Internationale. — Zur Genossenschaft in der Auffsiger Ausstellung. (Eine Polemik.) Von B.-m. — Vom Tage. — Rechts- und Steuerangelegenheiten. — Tarifrische Mitteilungen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inzerate. —

Turnen und Sport.

Kommende Wettspiele. Prag: Heute: Slavia-Play: DFC gegen SK. Diben. Endspiel um den Kaiser Pokal, Rufeisplatz: SK. Rufeisly gegen SK. Russe. Meteor Vinohrady gegen Slavia VIII, Praxise Sp. Druzeni gegen Cechoslovana Zizkov, Malostransky SK gegen Jagibor. — Samstag: Slavia-Play: DFC. lomb. gegen Slavia lomb. — Slavia-Prag ist gestern früh nach Wien gefahren, wo sie heute gegen die First Vienna antreitet. Die Prager spielen ohne Zeifert, Kumermann und Capel in folgender Aufstellung: Stapfl, Ryl, Stasa; Klob, Reicho, Dlnat; Kuzel, Stapl, Banik, Silny, Kratochvil. — In Aussig stehen einander am kommenden Sonntag der DFC, Prag und der Tepliker Fußballklub im Semifinale der DFC-Meisterschaft gegenüber. — Sparta spielt Sonntag in Wien gegen die Amateure. — Makkabi, Brünn siegte in Krakau gegen Jutzzena überlegen mit 10 : 0 (3 : 0).

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riechner.

Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei.

Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Böchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugchriften, Falturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Pfering-Seni u. Essig
let der hostel!

zu haben in allen Konsum-Vereinen

Eachen links!

Das neue deutsche Bildblatt erscheint wöchentlich.

Jede Nummer ab 1.10. Zu beziehen durch die **Volkswirtschaftshandlung Ernst Sattler** Karlsbad, Aetog Palace

inscrieren bringt Erfolg!